

Wochenlohn 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungsgeld und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,- M. pro Monat; für Übersee mit ermäßigtem Druckaufschlag 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“. Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einspalt. Konpariszeile 40 Pf. Reklamazeile 5,- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (zweiwöchentlich festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro (Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Dis.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Bankierberatung abgeschlossen.

### Stillhaltung für 5 Milliarden Mark. — Keine Einigung über Markguthaben.

Basel, 17. August.

Der von Albert H. Wiggin präsidierte Ausschuss für die Prüfung der Kreditlage in Deutschland führte am Montagmittag und -abend seine Arbeiten zu Ende. Er hat den von Sir Walter Layton erstellten Bericht samt Resolutionen durchberaten und angenommen. Die Unterzeichnung des Berichtes, der in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache abgefaßt wird, erfolgt am Dienstagmittag 14.30 Uhr.

Nach der Unterzeichnung wird der Bericht, der, wie früher bereits erwähnt, Empfehlungen zu Händen der Regierungen erhält, der Leitung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich übergeben, die ihn hierauf denjenigen Regierungen übermitteln wird, die auf der Londoner Konferenz vom Juli vertreten waren.

Der Bericht, der die verschiedenen Seiten der Kreditlage in Deutschland eingehend behandelt, empfiehlt die Verlängerung der kurzfristigen Kredite im Gesamtbetrag von etwa 5 Milliarden Mark um sechs Monate unter der Voraussetzung, daß die Zentralbanken von Frankreich, England und Amerika, sowie die B.S., die den 100-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Reichsbank gewährte, diesen Kredit ebenfalls um sechs Monate verlängern. Die Frist für die sechs Monate beginnt mit dem Datum der Unterzeichnung, das heißt am 18. August 1931.

Der Bericht wurde abgeschlossen, ohne daß im Schoße des internationalen Stillhaltekonfortiums eine vollständige Einigung erzielt worden wäre. Unstritten ist noch wie vor die Frage der Verlängerung der ausländischen Markguthaben in Deutschland. Ueber diese Frage besteht zur Zeit ein Vermittlungsvorschlag in dem Sinne, daß die Markguthaben bis Mitte November gesperrt bleiben sollten.

Die meisten Mitglieder des internationalen Stillhaltekonfortiums verlassen mit dem Nachschiffzug von Montag auf Dienstag Basel. Von der deutschen Delegation bleiben noch zwei Mitglieder in Basel, welche morgen erneut telephonisch mit Berlin Fühlung nehmen werden, so daß noch eine Möglichkeit besteht, daß im letzten Augenblick noch eine Verständigung über die Frage der Markguthaben erzielt werden könnte.

Die übrigen Punkte, welche Gegenstand der Verhandlungen im Schoße des Stillhaltekonfortiums bildeten, wurden in einem Abkommen zusammengefaßt, das dem Bericht Laytons beigegeben wird. Dieses Abkommen dient nunmehr den ver-

schiedenen Bankgruppen, welche Deutschland kurzfristige Kredite gewährt haben, als Grundlage für direkte Abreden mit den Bankgruppen.

Die Verhandlungen, die bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel geführt wurden, sind nach Gemaltigungen in den Tagen über Wochenende einem Erfolg entgegen gereift. Die Verhandlungen vollzogen sich im Schoße des sogenannten Wiggin-Ausschusses, den die deutsche Regierung bei ihrem Besuch in London vereinbart hatte. Der Wiggin-Ausschuss selbst setzt sich aus sachverständigen Vertretern der an dem deutschen Schuldenproblem interessierten Nationen zusammen.

Es ist ein ganzer Komplex von Fragen, den der Ausschuss zu beraten hatte und die Beratungen konnten sich selbstverständlich nicht ohne weiteres reibungslos vollziehen, weil es nicht nur galt, erst einmal in jedem Gläubigerland die Gläubiger unter einen Hut zu bringen, in einem Stillhaltekonfortium zusammenzufassen, sondern es war auch erforderlich, unter den einzelnen Ländern, den einzelnen Stillhaltekonfortien, eine Einigung zu erzielen. Im Vordergrund stand die Frage der Verlängerung der an Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite. Diese Kredite dürften 5 bis 6 Milliarden Mark ausmachen. Daß ein Abzug dieser Kredite die Katastrophe für Deutschland bedeutet, braucht wohl nicht betont zu werden. Daraus ergibt sich auch die Rechtfertigung, daß Deutschland mit der Auslieferung seines binnenländischen Zahlungsvortehrs nicht die Auslieferung des ausländischen Zahlungsvortehrs aufnahm. Nach langwierigen Verhandlungen ist Ende Juni hinsichtlich dieser kurzfristigen Kredite in Berlin schon eine Einigung erzielt worden. Sie sah u. a. vor, daß die Beteiligten für weitere sechs Monate ihre Kredite nicht zurückforderten. In diesem Abkommen waren die Nordamerikaner und die Engländer beteiligt. Die Abmachungen wurden aber später ungeworfen, und zwar verlangten die ausländischen Gruppen eine Verringerung der Stillhaltefrist auf 3 Monate. Weiter wurde die Forderung gestellt, daß die letzten Kreditgeber — das gilt besonders für Barentkredite, sogenannte Rembourskredite — neben der vermittelnden Bank garantieren. Von den Holländern wurde auch die Frage der Zins-erhöhung angeschnitten.

In Basel hat man sich jetzt abermals auf 6 Monate geeinigt. Andererseits wird den Ausländern eine gewisse Umlagerung der Kredite, von einer deutschen Bank zur anderen, freigestellt. Dazu tritt die Garantieleistung durch den letzten Kreditnehmer.

Neben der Kreditverlängerung hat man sich mit den, besonders von Schweizer Banken aufgeworfenen Forderungen beschäftigt, die sich auf die Abziehung von solchen Markguthaben erstrecken, die Ausländer in Deutschland unterhalten.

## Abschluß der akuten Krise.

Nur negativer Staatssozialismus?

Von Kurt Heinig.

Die Ministerialjuristen feiern nunmehr schon seit vier Wochen beinahe täglich neue Triumphe. Denn die Flut der von ihnen ausgearbeiteten Rotverordnungen will noch immer kein Ende nehmen. So viel Notwendiges durch die Reichsregierung auch unverzüglich geschehen mußte, so wenig ist das einheitlich getan worden. Immer wieder fühlte man Störungen der klaren Linie. Sie kamen entweder von den schuldigen Großbankiers oder von politischen Phantasten. Die Auswirkungen reichen bis in die Kabinettsitzungen.

Der freiwillige Arbeitsdienst, die angeblich mögliche und notwendige Beschränkung Deutschlands auf seine eigenen Hilfsquellen, die Absperrung der Grenzen mit hundert Mark Polizeistrafe und die Ablehnung von Devisen für Nahrungsmittelimporte sind gleichermaßen kindereien Erwachsener. Auf der anderen Seite ist die Art der Maßnahmen zur Verteilung der vom Reiche neu geschöpften Umlaufmengen ebenso wie die Methode der Garantieerteilung und der überflüssig lärmende Zusammenbruch der Danabank nichts anderes als außerordentlich raffinierte Geschäftspraxis von Leuten, die sich gern als harmlose Staatskinder vorstellen.

Rechtzeitig muß erklärt werden, daß der jetzt vom Kabinett Brüning betriebene negative sogenannte Staatssozialismus dringend der Entwicklung in die positive und fruchtbare Wirtschaftspolitik bedarf. Stellen wir nur einige der wichtigsten Punkte zusammen.

Wie ist es mit den Gehältern der jetzt vom Reiche gestützten und mit Geldmitteln versehenen Danabank und Dresdner Bank? Die fünf Geschäftsinhaber der Danabank haben bisher neben ihrem festen Einkommen alljährlich 20 Proz. des Reingewinnes als Tantieme für sich in Anspruch genommen. Sie haben noch Ende 1930 mehrere Millionen Mark Tantieme bezogen. Der Aufsichtsrat der Danabank erhielt für das Jahr 1930 240 000 Mark Tantieme. Dieser Betrag wurde nach der Generalversammlung, Ende April, also zehn Wochen vor dem Zusammenbruch, an die Herren ausgezahlt.

Bei den acht Direktoren der Dresdner Bank ist in den jüngst vergangenen Jahren die Tantieme so hoch gestiegen, daß man sie nicht mehr aus dem Statut der Gesellschaft erkennen kann. Neben den Gehältern werden die Tantiemen der Direktoren der Dresdner Bank unter Handlungskosten verbucht. Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank hat noch für 1930 für sich 162 000 Mark Tantieme in Anspruch genommen.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die leitenden Herren der Danabank und der Dresdner Bank in Zukunft mit einfachen Ministerialgehältern zufrieden sein werden. Wenn die Herren nur nach Verdienst und nach dem Wunsch der breiten Massen bezahlt werden sollten — was das Beste wäre —, könnten sie ruhig der Arbeitslosenversicherung zugeführt werden. Bankdirektorengehälter in Höhe von 300 000 bis 800 000 Mark darf es nicht mehr geben.

Das Reich hat auf dem Wege der Rotverordnung und der einfachen administrativen Maßnahmen in den jüngst vergangenen Wochen in weitem Umfang mehrere hundert Millionen Mark privaten Unternehmungen zur Verfügung gestellt bzw. in dieser Höhe Garantien übernommen. Die Rotverordnungen reichen ebensowenig wie Verwaltungsmassnahmen zur Aufhebung der Reichshaushaltsordnung aus. Sie kann überhaupt nicht durch irgendwelche Maßnahmen irgendwie außer Kraft gesetzt werden. Deswegen ist schon jetzt mit der nötigen Klarheit zu sagen, daß die Rechnungsprüfung über die neuerdings verausgabten Reichsmittel und über die bewilligten Garantien rechtzeitig und gründlich vorgenommen werden muß, und daß im übrigen die Reichsregierung alle Vorkehrungen zu treffen hat, damit diese Rechnungsprüfung mit ganzem Erfolg durchgeführt werden kann.

Das bedenklichste an den Hilfsmassnahmen der Reichsregierung ist wohl, daß die neu geschöpften Geldmittel zum Teil in die Hände der gleichen Leute kommen, die den Zusammenbruch der jüngst vergangenen Wochen wesentlich durch ihre Unfähigkeit und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit mit verursacht haben. Die Großbanken sind heute in der Industrie in weitem Umfang Aktienbesitzer. Zugleich sind sie Gläubiger der ihnen zu einem Teile infolge jenes Aktienbesitzes gehörigen Betriebe. Sollen nun diese so vorbelasteten Finanzkapitäne jetzt frei verfügen können, wohin unmittelbare oder mittelbare Reichsgelder als neuer Kredit fließen? Man darf nicht annehmen, daß ausgerechnet Bankiers ethische Athleten sind. Sie werden selbstverständlich das Kapital dorthin leiten, wo sie höchste Gefahr sehen. Nichts liegt näher, als daß sie die ihnen nahestehenden Unternehmungen und Konzerne stützen, während sie sich um andere, auch wenn sie gesünder sein sollten als die eigenen Kinder und eher berechtigt wären einen Betriebskredit zu behalten, nicht kümmern. Mit einem einfachen Bankenkommisär ist diese Schwierigkeit nicht zu beheben.

Man hat den Eindruck, als ob die Ministerialbürokratie des Deutschen Reiches in den jüngst vergangenen Wochen zu viel russischen „Staats“-Sozialismus vertrieben habe. Es fehlt nur noch, daß sie auf dem Wege der Rotverordnung einen

## Einfuhrverbot für Stickstoff!

Ein neuer Streich der „nationalen Selbsthilfe“.

Im „Reichsanzeiger“ ist eine Verordnung des stellvertretenden Reichswirtschaftsministers Dr. Teubdlenburg veröffentlicht worden, die mit Wirkung vom 18. August die Einfuhrgenehmigung für die wichtigsten Stickstoffprodukte vorschreibt. Es besteht also praktisch ab heute ein deutsches Stickstoffeinfuhrverbot.

Die neue Verordnung will offenbar dem Umstand Rechnung tragen, daß seit dem Scheitern des internationalen Stickstofffortells der internationale Wettbewerb und Preisdruck sich sehr verschärfen haben, und daß auch die kürzlich als Abwehrmaßnahme in Deutschland geschaffenen enormen Stickstoffvorräte den ausländischen Preisdruck in Deutschland nicht verhindern konnten. Die Anordnung der Einfuhrgenehmigung wird mit der Gefahr begründet, daß die ausländische Konkurrenz deutscher Stickstoffanlagen zur Stilllegung bringen könnte.

Die neue Maßnahme stützt sich auf Kriegs- und Inflationsgesetze von 1917 und 1924. Der Sinn der bisher vorgeschriebenen Einfuhrgenehmigungen war der, daß sie praktisch nicht in Anwendung gebracht wurden. Bei der Einfuhrgenehmigung für Stickstoff wird das Gegenteil der Fall sein. Dem Interesse der deutschen Handelspolitik wird auf einem Gebiete, auf dem die deutsche Industrie wegen ihrer technischen Überlegenheit keinen Schutz in Anspruch nehmen dürfte, ein neuer schwerer Schlag verlezt.

Der Inspirator der deutschen Stickstoffpolitik ist Herr Heinrich Schmitz von der I.G.-Farben Industrie A.G., der gegenwärtig die Reichsregierung berät. Durch seinen Einfluß wird die deutsche Handelspolitik von neuem in den Dienst spezieller I.G.-Farben-Kartellinteressen gestellt. In normalen politischen Zeiten würde das jetzt verhängte praktische Stickstoffeinfuhrverbot zu den schärfsten Kämpfen im Reichstag führen. Es braucht nicht ausgeschlossen zu sein, daß die staatliche Handelspolitik auch privatwirtschaftliche Kartellinteressen berücksichtigen, dann nämlich, wenn diese zugleich auch wirkliche volkswirtschaftliche In-

teressen betreffen. Dafür steht aber bei der stark übersehten deutschen Stickstoffindustrie der Beweis. Stilllegungen, wenn sie sich aus normalen Konkurrenzämpfen ergeben, können vorübergehend und dann nützlich sein, wenn die Konkurrenzfähigkeit später wiederhergestellt wird, nachdem unrentable Anlagen durch Kapitalabschreibungen und Verringerung des Kapitaldienstes wieder rentabel gemacht worden sind.

Diese Kapitalabschreibungen wären auch im Falle dieser ausländischen Stickstoffkonkurrenz das Näherliegende und Gebotene. Statt dessen erfolgt einfach eine Beschränkung oder völlige Fernhaltung der Stickstoffeinfuhr. Die staatliche Handelspolitik wird also zur Verhinderung privatwirtschaftlich notwendiger und volkswirtschaftlich gebotener Kapitalabschreibungen mißbraucht.

Wir fragen die Reichsregierung, ob sie vor Erlaß ihrer Maßnahme sich von der Überkapazität der Welt- und der deutschen Stickstoffindustrie Rechenschaft gegeben hat, und ob sie die Forderung der Kapitalabschreibung vor Einführung der handelspolitischen Sparrmassnahmen stellen wird. Wenn das nicht der Fall ist, so bedeutet die Verordnung des Reichswirtschaftsministers die Einleitung der Staatsmacht für privatwirtschaftliche Zwecke und reine private Sonderinteressen. Ein Akt „nationaler Selbsthilfe“, wie er verurteilenswerter nicht gedacht werden kann. Die Folgen für die allgemeine Handelspolitik müssen unabsehbar sein; denn mit dem gleichen Recht können alle Industriezweige in Deutschland aus privatwirtschaftlichen Gründen Einfuhrverbote für sich verlangen.

Neues Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat den in Mülheim/Ruhr erscheinenden „Mülheimer Generalanzeiger“ wegen Beröfentlichung des bekannten Wahlleiters zum Volksentscheid auf die Dauer von acht Tagen verboten.



Fünfjahresplan ausarbeitet. Mit Verordnungen, die Vorschriften über die wirtschaftliche Temperatur enthalten, ist kein soziales Problem gelöst, im Gegenteil, durch die nunmehr Duzende von Notverordnungen sind viele soziale Fragen aufgeworfen worden, die in den nächsten Monaten zu vielerlei Auseinandersetzungen führen müssen. Ziel staatsmännische Regierungsweisheit wird unerlässlich sein, um rechtzeitig das Ärgste abzubiegen, damit sich nicht die Folgen der vergangenen Wochen in steigenden Arbeitslosenziffern der nächsten Monate widerspiegeln.

## Um die Bankkontrolle.

Neue Sachverständige sollen die Reichsregierung beraten. Die Auswahl der Berater.

Heute sollen die Verhandlungen des vierköpfigen Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung mit den sachverständigen Gutachtern über deren Beratung vor sich gehen. Es handelt sich dabei um folgende neun Persönlichkeiten: Geheimrat Schmitz von der IG-Farben, Dr. Hilferding, den Bankier Pferdenges-Köln, den Genossenschaftler Professor Stein, den Heidelberger Nationalökonom Adolf Weber, den Staatssekretär a. D. Dernburg, den Direktor Reinhardt von der Commerz- und Privatbank, den Präsidenten der pommerischen Landwirtschaftskammer von Flemming und den badischen Industriellen Kackelsberger. Drei große Aufgaben sollen besprochen werden: die Frage der Kredit- und Bankkontrolle, das weitere Schicksal der Danat- und der Dresdner Bank, die allgemeinen Kredit- und Finanzpolitischen Lehren aus dem bisherigen Verlauf der Krise. Die neun Berater sollen nicht entscheiden, sondern von der Reichsregierung gehört werden. Man will so bald als möglich zu praktischen Ergebnissen kommen.

Nach dem lebensgefährlichen Verfall der privaten Bankführung und des privaten Bankensystems sind staatliche Eingriffe notwendig geworden. Das Reich hat Hunderte von Millionen und die Garantie der Steuerzahler einsetzen müssen. Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird man schnell zu tiefgreifenden Entschlüssen kommen müssen.

Die Beratung der Reichsregierung braucht deren Entscheidungen nicht vorzugreifen. Aber gewöhnlich sind für die Entscheidung auch die Berater wichtig. Unter dem Gesichtspunkt, daß gemeinwirtschaftliche Lösungen gefunden werden müssen, scheint die Liste der Berater reichlich privatwirtschaftlich und privatkapitalistisch. Es ist uns unbegreiflich, weshalb bei der — wie man hört — so gründlichen Auslebung der Berater nicht ein einziger Vertreter des gesamten öffentlichen Bankwesens gewählt werden konnte, dessen Leiter doch in erster Linie für staatlich-gemeinwirtschaftliche Lösungen sachverständig sind. Wir müssen auch offen lassen, wie weit eine Beratung durch Leute, die einerseits als Sachverständige überhäuft werden, andererseits als extrem gemeinwirtschaftsfeindlich bekannt sind, den Reichsinteressen förderlich sein kann.

Wir fürchten, daß auf dem selbständigen Urteil und der Willenskraft der Reichsregierung eine vielleicht allzugroße Verantwortung liegen wird.

## Die Großen Pensionen.

Das Zentrum tadelt Dietrich.

Die Frage, ob die Großen Pensionäre weiterhin Tausende von Mark jährlich erhalten sollen, während Millionen Menschen vor Not nicht ein noch aus wissen, ist bisher von der Reichsregierung nicht nur nicht geregelt, sie ist nicht einmal in Angriff genommen worden. Diese Tatsache hat jetzt auch das Entzagen der Presse des Reichskanzlers hervorgerufen. So schreibt der Pressedienst der Zentrumspartei zu dem Skandal:

„Die Diskussion über die Großen Pensionäre verstummte in den letzten Monaten nicht. Man wollte wissen, wie die angekündigte Aktion gegen diese hohen Pensionsbezieher verlaufen sei. Zuständig für diese Aktion ist das Reichsfinanzministerium. Dieses hat jetzt eine Erklärung verbreiten lassen, wie wir sie unpsychologisch und unmöglich noch nie gelesen haben. Nach ihr soll gegen die Bezieher der Höchstpensionen überhaupt nichts unternommen werden, weil sie nach der Ansicht des Reichsfinanzministeriums ja auch durch die Gehaltskürzung betroffen worden seien, weil der tatsächliche Wert der Pensionsersparnisse zu geringfügig sei, denn es seien seit der letzten statistischen Angabe über die Großen Pensionäre vom Jahre 1926 ungefähr 500 in Generalrang stehende Pensionäre gestorben. Weiter wird gesagt, daß der Reichsstat durch die hohen Pensionen nicht übermäßig belastet wurde. Wir stehen in der Tat vor einem Rätsel. Wir fragen, welchen Einflüssen wohl das Reichsfinanzministerium unterlegen ist, daß es eine solche unpsychologische Erklärung veröffentlichte. Wir fragen weiter, ob das gesamte Kabinett, das jene angekündigte Aktion beschlossen hat, sich der Haltung des Reichsfinanzministeriums anschließt. Wir sagen nein, weil wir wissen, daß es sich bei der Frage der Großen Pensionäre nicht um eine belanglose Staatsangelegenheit handelt, sondern um eine große politische Angelegenheit, die nicht einfach ad acta gelegt werden kann. Angesichts der gegenwärtigen Not, der weiteren in Aussicht genommenen Belastungen des Volkes muß aus moralischen und psychologischen Gründen die Frage der hohen Pensionen unbedingt geklärt werden. Was sich Staaten, wie England, die Schweiz, Holland und das mächtige Frankreich, nicht leisten, muß auch in dem verarmten Deutschland einer gründlichen Aenderung unterzogen werden. Auf keinen Fall ist das letzte Wort gesprochen.“

Gewiß: das Reichsfinanzministerium hat die ganze Sache verschleppt. Aber verantwortlich ist nicht der Finanzminister allein, sondern das Gesamtkabinett, also auch der Reichskanzler, dem der Pressedienst der Zentrumspartei nicht fernsteht.

## Wirtschaft bei der Wirtschaftspartei.

Immer mehr Rebellen gegen Drexler.

Dortmund, 17. August.

In einer Wahlkreisversammlung der Wirtschaftspartei Westfalen-Süd am Sonntag, die sich mit den gegen den Parteivorsitzenden Drexler erhobenen Beschuldigungen befaßte, wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es u. a. heißt: „Der seit Monaten währende Führerstreit ist für die Partei untragbar geworden. Die Wahlkreisversammlung des Wahlkreises Westfalen-Süd fordert einstimmig vom Parteivorstand die Einberufung einer Reichsauswahlsitzung bis zum 10. September 1931 zu dem Zweck, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden mit der einstweiligen Leitung der Partei zu betrauen, um deren Einheitslichkeit herzustellen.“

# Der Konflikt in den Gemeinden.

### Die Notverordnung und die Gemeindearbeiterlöhne.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die zunächst unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers stattfanden, gestalteten sich sehr schwierig. Das große Hindernis bildet die Notverordnung vom 5. Juni, die ganz sinnlos die Gemeinden zwingt, die Löhne der Arbeiter der städtischen Betriebe und Verwaltungen den Löhnen der Reichsarbeiter „anzugleichen“. Die Verhandlungen fanden einen vorläufigen Abschluß mit einem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, zu dem sich die Parteien bis zum Mittwoch äußern sollen. Die Parteien haben sich verpflichtet, bis dahin eine Veröffentlichung über den Inhalt des Vorschlages nicht zu machen.

Es war vorauszu sehen, daß die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium einen glatten Verlauf nicht nehmen werden, da ja die Gemeinden durch die Notverordnung unter Zwang gestellt sind. Solange die Notverordnung nicht geändert ist oder solange die Reichsregierung nicht eine bindende Erklärung abgibt, daß sie die Notverordnung ändern werde, bleibt die Gefahr schwerer Konflikte in den Gemeinden akut. Dieser Tatbestand muß mit aller Klarheit herausgestellt werden.

In der bürgerlichen Presse wird immer wieder versucht, die Dinge so darzustellen, als handelte es sich bei den Löhnen der Gemeindearbeiter um „überhöhte“ Löhne, die weit über den Löhnen in der Privatindustrie liegen. Es werden dabei

die Gehälter der Oberbürgermeister und der Direktoren städtischer Werke mit den Löhnen der städtischen Arbeiter in einen Topf zusammengeworfen.

Nun ist es wohl unbestreitbar, daß in den Gemeinden teilweise Gehälter gezahlt werden, die über die Gehälter der leitenden Reichsbeamten hinausgehen. Aber auch hier handelt es sich um Einzelfälle. Keineswegs liegen aber die Gehälter der Direktoren großer städtischer Betriebe über den Gehältern der Direktoren der Privatindustrie. Wenn auch zwischen den Gehältern der Direktoren der städtischen Betriebe und den Löhnen der städtischen Arbeiter ein riesiger Abstand besteht, so ist dieser Abstand doch bei weitem nicht so groß wie in der Privatindustrie. Es ist eine Heuchelei und eine Verkennung der Tatsachen, wenn ausgerechnet die sogenannten Vertreter der Privatindustrie gegen die hohen Gehälter in den Gemeinden zu Felde ziehen.

Wie aber steht es mit den Löhnen der städtischen Arbeiter?

Im Berliner Börsen-Kurier von gestern abend werden darüber „von besonderer Seite“, die augenscheinlich mit der hohen Bürokratie des Reichsfinanzministeriums ausgezeichnete Beziehungen unterhält, Angaben gemacht, die, gelinde gesagt, mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Es wird da ohne Angabe eines Namens u. a. behauptet, daß eine Stadt kurzfristige Verschuldung von 5 Millionen habe eingehen müssen, weil sie ihre Arbeiterlöhne „um 40 Pfennig über die abgeschlossenen Larifflöhe“ überhöht hätte. Es wird zwar nicht gesagt, ob es sich hier um Jahres- oder Monatslohn

handelt, es wird jedoch der Eindruck erweckt, als ob die ungenannte Stadt die Arbeiterlöhne um 40 Pfennig die Stunde erhöht hätte. Selbstverständlich handelt es sich bei dieser anonymen Angelegenheit um ein Märchen.

Dann folgen einige scheinbar tatsächliche Angaben. Es wird z. B. gesagt, daß in Berlin der Stundenlohn des qualifizierten Facharbeiters bei der Stadt 1,23 M. betrage, wozu noch die Frauen- und Kinderzulage von je 3 Pf. komme, während der qualifizierte Facharbeiter in der Berliner Metallindustrie nur einen Stundenlohn von 1,03 M. habe. Tatsächlich beträgt der Stundenlohn des qualifizierten Facharbeiters bei der Stadt 1,22 M., in der Berliner Metallindustrie 1,03 M. plus 15 Proz. Affordzulage. Hier wird

der Richtlohn einfach zum tatsächlichen Stundenlohn umgekehrt.

Weshalb verhält es sich mit dem Lohn des Ungelernten, der um 6 Pf. bei der Stadt zu hoch angegeben wird, und bei den anderen Arbeiterkategorien, die dort angeführt werden. Daß die Löhne der städtischen Arbeiter nicht höher sind als die der Arbeiter der Privatindustrie, geht daraus hervor, daß bei günstiger Konjunktur wie in den Jahren 1927/28 die Stadt die größten Schwierigkeiten hat, um Facharbeiter zu bekommen. Warum führt aber die „besondere Seite“ nur die Löhne der Metallarbeiter an? Die Stadt Berlin beschäftigt ja nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Maurer, Maler, Zimmerer, Tischler, kurz alle nur erdenklichen Facharbeiter. Der Lohn der Maurer beträgt gegenwärtig in der Privatindustrie jedoch 1,43 M., der der Tapezierer 1,30 M., der der Maler 1,34 M., der der Bauknecht 1,58 M. usw. Es ist also

nicht wahr, daß die Löhne der städtischen Arbeiter höher sind als die der Arbeiter in der Privatindustrie.

In den anderen Städten liegen die Verhältnisse ebenso. In Aachen z. B. stehen die städtischen Facharbeiter an letzter Stelle unter ihren Kollegen der Privatindustrie. Dasselbe gilt für Bremen, daselbst können wir auch in Breslau feststellen.

Was jetzt hier mit Hilfe der Notverordnung und entgegen den Erklärungen des Reichsarbeitsministers versucht wird, ist die Einleitung eines zweiten ungeheuerlichen Lohnabbaues. Oder glaubt jemand ernsthaft, daß die Löhne der Arbeiter der Privatindustrie nicht beeinflusst würden, wenn man den 315 000 Gemeindearbeitern die Löhne um 25 bis 30 Proz. kürzt? Volkswirtschaftlich und politisch ist ein derartiger Lohnabbau nicht zu ertragen.

## Reichsregierung und Städtenot.

Neue Verordnungen in Sicht.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag in Anwesenheit des preussischen Innenministers und preussischen Finanzministers mit der Notlage der Gemeinden. Man kam überein, die Vorarbeiten zur Verringerung der Not der Städte und Gemeinden schnellstens abzuschließen und entsprechende Verordnungen spätestens Anfang September zu erlassen.

# Das wahre Gesicht der KPD.

### Anweisungen für den Straßenkampf.

Heinz Neumann, der eigentliche Führer der kommunistischen Partei Deutschlands und geflügeltes Wortzeug der russischen Tscheka, hat im Frühjahr in der Berliner „Roten Fahne“ die baldige „wahrhaftige Volksrevolution“ angekündigt. Aus der „Volksrevolution“ wurde fünf Monate später der Dreißigste der Hugenberg, Hüller und Thälmann!

Diese Dreieinigkeit von Stahlhelm, Hakenkreuz und Sowjetstern im Kampf gegen die Demokratie und Arbeiterklasse erlebte am 9. August eine katastrophale Niederlage. Die perverste Kampfgemeinschaft brach zusammen wie der Dreißigste der Hugenberg, Habsburger und Loskaner zu Beginn des Weltkrieges. Der Ueberlauf der Thälmann und Neumann zur weißen Front „der Henter und schäbischen Worbändchen“ hat Millionen kommunistischer Arbeiter die Augen geöffnet. Diese Arbeiter verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir müssen sie überzeugen, daß der Zerpfützung und Zerreißen der deutschen Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden muß.

Der Empörung der kommunistischen Arbeiter über den Verrat und die Niederlage vom 9. August glaubten gewisse Stellen in der Leitung der deutschen Sektion der 3. Internationale dadurch begegnen zu können, daß sie die blutigen Vorgänge am Bülowplatz in Berlin zum Bligableiter für das an der Arbeiterschaft begangene Verbrechen zu benutzen suchten. Alle

Ueberfälle auf Polizeibeamte und sozialdemokratische Funktionäre vor und am 9. August waren nicht unvorbereitet. Die intellektuellen Urheber sind in jenen Kreisen der kommunistischen Partei zu suchen, die sich um das militärpolitische Mitteilungsblatt „Oktober“ gruppieren. Um dieselbe Zeit, als Heinz Neumann im März dieses Jahres ausrief: „Die Kommune marschiert auf, die Kommune steht drohend im Hintergrund!“, wurden in dem militärpolitischen Mitteilungsblatt „Oktober“ — einer illegal erscheinenden Schrift — Serienartikel über „Zur Taktik des Straßenkampfes im bewaffneten Zustand“ veröffentlicht. Selbst vom rein „revolutionären“ Standpunkt der Kommunisten aus gesehen sind die Veröffentlichungen ein Verbrechen. Wie hat irgendein Generalstab seinen Feldzugsplan in Broschürenform erscheinen lassen, damit der Gegner Einblick erhält in Ziel und Taktik des militärischen Vorhabens. Die Kommunisten aber besprechen alle Einzelheiten einer gewaltigen Auseinandersetzung und liefern ihre eigenen Leute von vornherein dem Gegner aus.

Ist es Wahnwitz oder Spiegelsarbeit? Wer wird diese Frage richtig beantworten können. Beides wird zusammengehören. Ueber die Aufgaben der Abteilungen der revolutionären Armee heißt es in der Aprilnummer 1931 der Schrift „Oktober“:

„Organisierung und Bewaffung.“

1. Selbständige militärische Aktionen.
2. Führung der Volksmenge. Die Abteilungen können jede Größe haben, von zwei drei Mann angefangen. Die Abteilungen sollen sich selbst bewaffnen, so gut es geht (Gewehr, Revolver, Bombe, Messer, Schlagring, Stod, petroleumgetränkte Zapfen zur Brandstiftung usw.). Die Abteilungen sollen sich nach Möglichkeit aus Leuten zusammensetzen, die nahe beieinander wohnen.

Jede Abteilung soll im voraus die Methoden und Mittel gemeinsamen Vorgehens ausarbeiten:

Zeichen in den Fenstern, Zurufe und Pfiffe, um in der Menge die Gruppengenossen zu erkennen usw.

Auch ohne Waffen wird den Abteilungen aufgegeben, eine „sehr ernste Rolle“ zu spielen!

1. Indem sie die Menge führen,
2. indem sie bei günstiger Gelegenheit Schutzleute überfallen und ihnen die Waffen wegnehmen.

Ueber die vorbereitenden Aktionen wird wörtlich ausgeführt:

„Wir wiederholen, daß auch mit den praktischen Arbeiten sofort begonnen werden muß. Sie zerfallen in vorbereitende und militärische Operationen. Zu den vorbereitenden Operationen gehören: Die Beschaffung aller Arten von Waffen und Patronen, die Auswahl von für den Straßenkampf geeigneten Wohnungen (geeignet für den Kampf von oben, für die Unterbringung von Bomben, Steinen usw. oder von Säuren zur Beigiehung von Schutzleuten. Arbeit gibt es dabei genug, und zwar eine Arbeit, bei der jeder, auch wenn er zum Straßenkampf ganz ungeeignet ist, sogar ganz schwache Leute, Frauen, Halbblutige, Greise usw., ungeheuren Nutzen bringen können.“

Ueber den Einfluß der topographischen

Besonderheiten der Stadt als Kampfgebiet“

auf die Taktik des Straßenkampfes heißt es weiter:

„Die Stadt gibt den Kämpfenden eine Reihe von Vorteilen, die insbesondere den schlechter bewaffneten und schlechter organisierten Aufständischen zugute kommen. Das Vorhandensein toter Schließwinkel in allen Richtungen und solider Deckungen gibt verhältnismäßig viel Schutz vor dem Feuer der Gewehre, Maschinengewehre und der leichten Artillerie. Die Erkundungsmöglichkeiten sind außerordentlich beschränkt. Nachrichten über den Gegner sind nur sehr unvollständig und nur durch fortwährenden Kampf und durch Agenten (Ausnützung der nichtkämpfenden Bevölkerung) zu diesem Zweck zu bekommen.“

Trotzdem aus dem Gesagten klar hervorgeht, in welchem Maße sich die von den Kommunisten geführten „Aufständischen“ gegenüber der Staatsmacht befinden, kommt der militärische Fachberater zu nachstehender Schlussfolgerung:

„Die Geschichte der vergangenen Kämpfe in Westeuropa scheint zu beweisen, daß die Aufständischen unter den modernen Bedingungen einen Straßenkampf nicht gewinnen können. Das ist ein großer Irrtum. Trotz objektiver Schwierigkeiten, trotz der Rückständigkeit in der Taktik des Straßenkampfes haben die Aufständischen selbst in den vergangenen Kämpfen lehrreiche Beispiele gegeben, die beweisen, daß alle Chancen für sie sind. Unsere Sache ist es, die neuen Bedingungen, die neuen Methoden des Kampfes zu lernen, um die alten Fehler endgültig zu überwinden.“

Er war an der Zeit, gerade jetzt das Hofardeuspiel der Kommunisten zu besprechen. Wenn jetzt Polizeibeamte im Dienst getötet und sozialdemokratische Funktionäre überfallen werden, so sind als die eigentlichen intellektuellen Urheber die zu betrachten, die planmäßig und verbrecherisch Arbeiter zu den gekennzeichneten „revolutionären“ Handlungen treiben. In ihrem ganzen Tun unterscheiden sich die Kommunisten nicht im geringsten von ihren faschistischen Bundesgenossen. Franz Künster.



# Berlin ehrt die Gemordeten.

## Feierliche Beisetzung der Schupooffiziere. — Severing sagt: „Auf dem Felde treuester staatlicher Pflichterfüllung gefallen.“

Die Berliner Schupo hat gestern unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung ihre Kameraden, die beiden am 9. August auf dem Bülowplatz von Kommunisten ermordeten Hauptleute Anlauf und Lent, zur letzten Ruhe geleitet.

Die Karlstraße war schon um 14 Uhr abgesperrt, aber auf dem Bürgersteig drängten sich die Menschen, um den freudlich Gelächerten letzte Ehrerbietung zu erweisen. Die Turnhalle, in deren großem Saal die Trauerfeier stattfand, war ganz in grün und schwarz gekleidet. Die Särge der beiden Beamten hatten eine feierliche Aufzählung gefunden. Kränze über Kränze wurden herbeigetragen und schon lange bevor die Feier begann, kamen die Menschen herein, um den toten Beamten letzten Gruß zu erweisen. An jedem Sarge standen 8 Polizeioffiziere, die ihren Kameraden die Totenwacht hielten. Hinter den Särgen war die erst jüngst vom Polizeipräsidenten Grzesinski gestiftete Standarte postiert, die von 12 schwarzumfalten Fahnen in den schwarz-rot-goldenen Farben des Reiches und dem schwarz-weiß des Freistaates Preußen flankiert waren. Kurz vor 15 Uhr wurden die Witwe des Hauptmanns Lent und das Töchterchen des Hauptmanns Anlauf in die Halle geleitet. Im Auftrage der Reichsregierung wohnte der Reichsinnenminister Dr. Wirth dem Trauerakt bei. Der Reichsinnenminister legte im Namen des Reichskanzlers und der Reichsregierung zwei Kränze in den Reichsfarben an den Särgen der ermordeten Offiziere nieder. Mit seiner persönlichen Vertretung hatte der Reichskanzler außerdem den Ministerialdirektor in der Reichskanzlei von Hagenow betraut. Unter den Anwesenden befanden sich weiter der preußische Minister des Innern, Severing, Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß, sowie alle dienstfreien Beamten vom jüngsten Schupooffizier bis zum Kommandeur. Die Reichswehr war durch den Berliner Gruppenkommandeur und den Stadtkommandanten, durch Vertreter der Heeres- und Marineleitung und eine Abordnung der Wachttruppe Berlin vertreten. Die Schupo der deutschen Länder und Gruppen der preußischen Landgendarmarie hatten gleichfalls uniformierte Offiziere und Beamte delegiert. Besondere Abordnungen stellten das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Polizeibeamtensverband, die übrigen Beamteneverbände, die Berliner Feuerwehrgesellschaft, die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags, die Abgeordneten Jachert vertreten. Minister Severing hatte an jedem Sarge einen mit den preussischen Farben geschmückten Kranz niedergelegt.

Um 14.30 Uhr leitete die Kapelle der Schupo die Feier mit dem Marsch von Händel ein. Der evangelische Geistliche, Wehrkreispfarrer Jermier, widmete sodann dem Hauptmann Lent einen Nachruf, in dem er sagte: „In ihrem schweren Beruf sehen die Polizeibeamten ihr Leben ein, um Leben und Eigentum ihrer Mitmenschen zu schützen. Nicht nur die Angehörigen der Geleiteten und ihre Kameraden, sondern das gesamte deutsche Volk, soweit es rechtlich denkt, steht tieferschüttert an der Bahre der beiden Hauptleute und Führer.“ Nachdem die Kapelle Abschiedslieder gesungen hatte, sprach Reichsminister Rennow als Vertreter der katholischen Kirche für Hauptmann Anlauf ergreifende Abschiedsworte: „Vor einigen Wochen haben die Kinder des Geleiteten ihre Mutter verloren und stehen nun an der Bahre ihres Vaters.“ Mit besonderer Betonung sagte der Geistliche, daß Hauptmann Anlauf, der sich als Sohn des Volkes aus einfachen Verhältnissen emporgearbeitet hat, nie ein Feind der Arbeiter gewesen ist.

Dann nahm das Wort der preußische Minister des Innern Karl Severing.

Er sagte: „Auch nach Beendigung des Krieges bis in die letzten Jahre hinein sind deutsche Brüder in Ost und West im Kampfe für deutsche Kultur gefallen. Wie viele es sind, kann man nicht zählen. Aber fremde Völker haben im Kriege nicht grausamer handeln können, als in dem Falle, den wir heute trauernd beklagen, einem Falle des Brudermordes, der von eigenen Volksgenossen gegen Volksgenossen geschehen ist. Der Volksdichter Uhland fragt in seinem Liede: Eine Kugel kam geflogen, gilt sie mir oder gilt sie dir. Aber diese Frage ist hier überflüssig. Die Kugeln haben allen gegolten, die gewillt sind, dem Vaterlande die Treue zu halten und das Wohl des Volkes über alles zu stellen. Beide Tote waren als Persönlichkeiten nicht etwa verhasst. Aber sie sind meuchlings ermordet worden, weil sie ihren Eid erfüllen und ihre Pflicht getan haben. Wir leben in schweren Zeiten, die Not ist ein schlechter Berater und die Verzweiflung ist ein schlimmer Bundesgenosse. Da muß man sich in der Tat, wie einer der Herren Redner sagte, an das Wort der Bibel halten: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Aber die intellektuellen Urheber, die durch Wort und Schrift erst den Boden schufen, auf dem dann verführte Fanaliker so schreckliche verabscheuenswerte Taten vollbrachten, sind die Hauptschuldigen.

Leidenschaft haben an der Bahre der Toten zu schweigen. Kein Rache schwur, sondern nur die Mahnung an unsere Pflicht darf hier unser Inneres beherrschen. Das Blut der Gefallenen soll die preussische Polizei nicht zur Rache aufrufen, sondern sie muß, wie sie es immer getan hat, die Bevölkerung als Brüder, als ihre Brüder in Not betrachten. Im vergangenen Winter der Not hat sich die Schupo im Geiste wirklicher Nächstenliebe betätigt. Aber die Kinderpreise von damals sind nur ein Anfang gewesen. In diesem Winter, in dem die Not höchstwahrscheinlich leider noch steigen wird, muß die Einrichtung ausgebaut werden. Eins indessen können die Polizeibeamten verlangen, sie, die von ihrem geringen Solde sich zum Besten der Armen etwas absparen, dürfen fordern, daß die Bevölkerung ihre harte Arbeit und ihren schweren Dienst anerkennend, nichts an alle Volksgenossen die Bitte, die Polizei in der Erfüllung ihrer Pflichten zu unterstützen. Mögen sie ihr Vertrauen zur staatlichen Polizei dadurch bekunden, daß sie an ihren Aufgaben mitwirken. Wenn der frühe Tod unserer beiden Kameraden dazu beitragen kann, die Erkenntnis über die verantwortungsvolle Aufgabe der Polizei in der Bevölkerung zu festigen, dann ist ihr Tod auf dem schönen Felde treuester staatlicher Pflichterfüllung nicht umsonst gewesen.“

In dieser Ergriffenheit hatte die Trauerverammlung die Rede des verantwortlichen preussischen Polizeiministers angehört. Nach

# Wo liegt die Schuld?

## Zwei weitere Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe in Loeben.

Wien, 17. August.

In der Nacht zum Montag und am Montagvormittag sind zwei schwerverletzte der Eisenbahnkatastrophe bei Loeben ihren Verletzungen erlegen. In der Nacht mußten einem weiteren Schwerverletzten beide Beine amputiert werden.

Die Untersuchung über den Unfall ist bereits vom Gericht eröffnet worden. Der Untersuchungsrichter des Kreisgerichts Loeben hat am Montagmorgen die Anzeige zugestellt erhalten. Die Untersuchung wird sich auf zwei Tatbestände erstrecken: auf das Telephongespräch zwischen den Fahrleitern von Hinterberg und Göß, in dem mitgeteilt wurde, daß der Güterzug bereits in Göß eingelaufen sei, so daß der Fahrleiter von Hinterberg den Schnellzug passieren ließ. Nach den Angaben des Fahrleiters von Hinterberg war die Verständigung am Telefon sehr schlecht. Das zweite Moment, das untersucht werden wird, ist die Frage, warum der Güterzug vor der Einfahrt der Station auf offener Strecke so lange aufgehalten wurde. Der Aufenthalt wird mit 8 bis 14 Minuten angegeben. Vor der Einfahrt in den Bahnhof ist das Signal immer auf Halt gestellt. Erst wenn der Fahrleiter auf die Ankunft des Zuges durch ein Sirensignal aufmerksam gemacht wird, gibt er die Einfahrt frei. Der Fahrleiter von Göß behauptet nun, er habe sofort, nachdem er das Sirensignal gehört habe, das Signal auf „Freie Fahrt“ gestellt. Einige Leute, die in der Nähe der Bahn wohnen, behaupten jedoch, daß der Güterzug minutenlang fast unausgesetzt gepfeifen habe, so daß sie davon aufgewacht seien. Infolgedessen wird die Vermutung geäußert, daß

der Fahrleiter in Göß geschlafen habe und erst durch das anhaltende Pfeifen des Zuges aufgewacht sei und das Signal freigegeben habe. Dadurch sei der Zusammenstoß möglich geworden.

## Die Attentatspsychose.

### Kein Anschlag auf die Bahnstrecke Helmstedt-Braunschweig.

Die Pressestelle der Reichsbahnhauptverwaltung teilt mit: „Durch die Öffentlichkeit geht zur Zeit wiederum eine Meldung von einem angeblichen Attentat auf eine Eisenbahnstrecke. Es wird darüber berichtet, daß an der Bahnstrecke Helmstedt-Braunschweig in der Nähe des Bahnhofes Helmstedt Sprengstoff großer Brisanz gefunden worden wäre. Diese Meldung ist unrichtig und geeignet, Unruhe in das Publikum zu tragen. Hier liegt folgender Tatbestand zugrunde: In der Nähe des Bahnhofes Helmstedt, etwa drei bis vier Meter von den Schienen entfernt, wurde in einer Sandgrube, die für Müllabfuhr benutzt wird, eine weisse Masse gefunden. Sie wurde als Sprengstoff angesehen. Es hat sich aber bereits bei der ersten Untersuchung herausgestellt, daß es sich um keinen brennenden Sprengstoff handelt. Auch wenn dies der Fall gewesen wäre, ist die Gefährdung der Bahnstrecke durch eine Sprengung in einer vier Meter weit entfernten Grube nicht wahrscheinlich. Es bestätigt sich schon jetzt die von vornherein gehegte Vermutung, daß die Meldung über den Fund in der Sandgrube zu dem Zweck erfolgt ist, in den Besitz einer Belohnung zu kommen.“

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN von Felix Scherret.

Nur ein schäbiger Rest bleibt übrig. Harry sieht auf die Uhr. Sie zeigt sieben. Die Nacht, die schaurige Nacht ist zu Ende. Endlich! Endlich! Warum muß der Mensch schlafen? Warum? Seit Jahren hat er keine ruhige Nacht verlebt. Bier, Wein und Schnäpse rebellieren gegen die engen Wände des Körpers, zerfressen in stiller, heimlicher Arbeit Leber, Nieren und Magen. Und in den vergessenen Stunden der Nacht ballen sich alle kleinen Beschwerden zu einem einzigen großen Schmerz zusammen.

Harry sinkt auf das Bett. Allmählich belebt sich der gläserne Blick. Die Haare sind noch verklebt, aber der Atem geht ruhiger. Der Druck hat nachgelassen. Das Leben lacht wieder.

Ein ganzer Tag liegt vor ihm, ein Tag, der ausgekostet werden muß, denn dahinter droht eine neue Nacht mit ihrem Grauen und ihrer Angst. Harry denkt an nichts. Er zieht an der Zigarette und trinkt den Rest des Rognats mit kleinen, genießenden Schlucken. Diesen Augenblick liebt er, diesen Augenblick, da das Leben erwacht.

Noch einmal muß er zur Schüssel. Dann ist es vorüber. Er klingelt dem Mädchen.

Tragen Sie es hinaus. Schnell! Ist mein Vater schon wach?

So, so, der alte Herr frühstückt bereits im Speisezimmer. Den läßt auch wieder irgendeine Schweinerei nicht schlafen.

Jetzt hören Gottseidank die Finger auf zu zittern und können den Rasierapparat halten. Sehr vorsichtig wird er angelegt und geführt, und ebenso vorsichtig und langsam kleidet sich Harry an.

Heinrich Silvester kämmt mit dünnen, gichtnotigen Fingern den grauen Spitzbart und stiert in die Morgenzeitung, als Harry eintritt.

„Die Börse wird von Tag zu Tag fester“, knurrt er seinen Sproßling an, „nur ich hab' nichts davon.“

„Nun, nun“, begütigt Harry, der sich schnell Kaffee einschenkt, „wird nicht so schlimm sein.“

„Du mußt es wissen“, schnaubt Heinrich Silvester. „Du sitzt bei deinem reichen Herrn Bruder im Speck und bekommst ein unerschämtes hohes Gehalt. Möchte nur gern erfahren, wo du dein Geld läßt.“

Harry kennt dieses tägliche Morgengebet seines Papas auswendig und beachtet es darum nicht. Heinrich Silvester legt auch keinen gesteigerten Wert darauf. Die Tatsache des Geldes genügt ihm völlig. Er beschneidet ein Brötchen und packt es wieder fort. Dann knüllt er die Zeitung zusammen.

„Hör' mal, Harry, ist James augenblicklich flüchtig?“

„Er hat 'ne halbe Million auf der Deda liegen. Du weißt doch von dem großen Abschluß mit Keval. Jedenfalls war gestern das Geld noch da. Ich glaube nicht, daß wir in den nächsten Tagen Weizen kaufen. Die Hauffe flaut sicher bald ab.“

„Ich werd' heute abend mal mit ihm reden.“

Harry blickt auf. Das elegante Herrenartikelgeschäft geht schlecht. Die Frage des Alten beunruhigt ihn. James soll also mit einer Anleihe herausrücken. Es muß wirklich katastrophal stehen. Nur in höchster Not wird James beansprucht. Der Stolz des fast zwanzig Jahre älteren Bruders erträgt diese Bittgänge nicht. Es ist kein Konkurrenzneid, aber Heinrich fühlt sich besiegt, gedemütigt, weil es der Jüngere trotz der Getreidestante spielt schafft, während bei ihm in letzter Zeit immer wieder die Zahlungen stocken.

„Versuch es doch mit Onkel Manfred.“ Harry nimmt diesen Vorschlag durchaus ernst.

„Ach, der Sängler! Sicher ein tüchtiger Mensch“, Heinrich zuckt verächtlich die Achseln, „aber doch kein Kaufmann! Wie war er übrigens gestern?“

„Wundervoll! Ich habe die Romyerzählung niemals besser gehört.“ Das bedeutet ein großes Kompliment, denn Harry kennt von seiner Berliner und Münchener Studienzeit her eine Sammlung berühmter Helldentendore.

„Schade, daß ich ihn nicht hören konnte! Na, heute wird er wohl bei James singen.“

Heinrich zündet sich eine Zigarette an.

„Du sollst doch nicht das schwere Zeug rauchen.“ Harry entrüstet sich. „Sobald es dir besser geht, wirfst du ungezogen.“

„Laß' man, mein Jungchen. Ich werf' dir auch nicht deine Whiskys vor. Und sieh mal, heute hast du wieder kein Brötchen“

chen gegessen. Denk' doch auch einmal an deinen Magen und an die Nerven.“

Harry steht auf. Jetzt hat er wieder das verfluchte Zittern in den Beinen.

„Auf heute abend! Er kraut seinem Papa schnell unter dem Kimmbärtchen.“

Eigentlich beabsichtigt Harry, sofort ins Büro zu fahren. Aber als er auf der Straße steht, hält er es doch für angebracht, zuerst Johnny zu besuchen, den er vor noch nicht allzu langer Zeit verlassen hat.

Johnnys Bierstube liegt am Wasser, nach der Straße hin ein schmaler Laden mit einem engrüstigen Schaufenster. Dahinter verborgen sich jedoch zwei größere Räume mit Rischen und Vorhängen, wo man ungestört Mädchenbeine abwaschen, oder ein kleines weißes Pulverchen in die Nase führen kann. Unterhaltsame Beschäftigungen, die dem jovialen Johnny ein hübsches Bankkonto eingebracht haben. Johnny beabsichtigt, bald nach Berlin an den Kurfürstendamms überzusiedeln und dort eine kultivierte Lurusbar aufzumachen. In stillen Stunden trainiert er schon auf den vornehmen Mann und legt sich eine gebildete Sprache zu.

Harry überschreitet zögernd die Straße. Manchmal überfällt ihn eine lähmende Panikangst, gegen die es keine Hilfe gibt. Der Kopf schwindelt, und die Beine drohen, jeden Augenblick unter dem Körper wegzusinken. Harry schließt die Augen, empfiehlt seinen Geist dem Allmächtigen und gelangt unangefochten auf den anderen Bürgersteig und in Johnnys Destille.

Am Schanztisch stehen zwei auf Talmiciegang stilisierte Herren und diskutieren mit Johnny die Geschäftslage. Man muß tatsächlich, wenn sich die Zeiten nicht bald bessern, nach anderer Arbeit greifen. Aber das hat bei der herrschenden Arbeitslosigkeit auch keinen Zweck. Wagn, das kleine, blonde, verwuschelte Mädchen in abgewektem Sommerpelz, kuschelt sich an die Heidenbrust ihres Beschützers.

„Dabei ist sie so tüchtig.“ Er streichelt den struppigen, der Ondulation entwöhnten Bublikopf.

Harry wird mit freudigem Hallo begrüßt. Ein paar Runden Rognat und Bier verschwinden sehr schnell in durstige Magen. Schorch, der Beschützer, erzählt gerade einen neuen, nicht salonsfähigen Witz, als sich durch die schäbigen Portieren eine kleine, bucklige Gestalt schiebt.

(Fortsetzung folgt.)



# Sturm 33 im Licht.

## Schwindel von der Nazilegalität entlarvt. — Richter angepöbelt.

Der Prozeß gegen die nationalsozialistischen Messerstecher vom Sturm 33 in Berlin-Moabit bringt täglich weitere bezeichnende Einzelheiten über die dunklen Wege der Hitlerischen SA.

Wie im Sturm 33 in Berlin wird es höchstwahrscheinlich in der SA des ganzen Reiches aussehen. Man wußte bereits, daß die SA-Dünglinge trotz aller aufdringlichen Legalitätsbeteuerungen ihrer militärischen und zivilen Führer in gefährlichem Maße bewaffnet sind. Seht aber ist man sich wohl zum erstenmal über die Art und die technische Qualität dieser Bewaffnung völlig im Klaren. Dabei ergibt sich, daß die minderjährigen SA-Krieger nicht nur über Messer und relativ harmlose Schusswaffen leichter Art verfügen, sondern auch im Besitz durchaus moderner, kriegsmäßiger „Taschenkanonen“ sind. Die Armeepistole 08 des Angeklagten Neubert ist dafür das Beweisstück.

Eine weitere Erkenntnis, die sich aus diesem Prozeß, in dem noch zahlreiche Zeugen zu vernehmen sind, bereits ergibt, ist die Tatsache, daß den offiziellen Angaben der nationalsozialistischen Parteileitung von nun an mit noch weit mehr Mißtrauen als bisher gegenübergetreten werden muß. Es wird in offiziellen Kundgebungen

der NSDAP. seit längerer Zeit die Behauptung aufgestellt, daß Mitglieder, die im Besitz von Schusswaffen angetroffen werden, umgehend aus der Partei ausgeschlossen würden. Diese Behauptung der nationalsozialistischen Parteileitung, die auch manche Gerichte bei ihren Urteilsfällungen mit verwandt haben, hat sich als Schwindel erwiesen. Die Angeklagten sind, von dem stüchtigen Jahn, der zu Stennes gegangen sein soll, abgesehen, sämtlich noch Mitglieder der NSDAP., trotzdem sie zum Teil selbst angegeben haben, im Besitz von geladenen Schusswaffen gewesen zu sein. Auch diese Feststellung sollte man sich für weitere Prozesse ähnlicher Art einprägen.

In dieses Bild allgemeiner nationalsozialistischer Verwahrlosung paßt die persönliche Hebe, die das Berliner Nazi-Blatt bereits seit Tagen gegen den Ankläger im Nationalsozialistenprozeß, Staatsanwaltschaftsrat Stehning, betreibt. Auch der Vorgesetzte, der die Verhandlung in vorbildlich ruhiger und objektiver Weise leitet, wird fast ohne Unterlaß angepöbelt. Worauf sich ersehen läßt, wie sehr den Nazis daran gelegen ist, in diesem, wie in allen anderen Prozessen gegen ihre Totschläger, zu verdunkeln und zu vernebeln. Was aber kaum gelingen dürfte.

### Minute des Schweigens.

Der Bülowplatz war in weitem Umfange abgesperrt, das Revier, in dem Hauptmann Anlauf wirkte, hatte Halbmaße gesetzt. Als die beiden Leichenwagen vor der Wache anlangen, blieb der Trauerzug eine Minute stehen und ehrte durch Schweigen das Andenken des Toten. Vor dem Hause Laffstraße 14, in dem der ermordete Hauptmann Lent wohnte, verharrte man wieder eine Minute in stillem Gedenken. Dann nahm der Trauerzug den Weg nach dem katholischen Friedhof in Weißensee, wo die Leiche des Hauptmanns Anlauf beigesetzt wurde. Der Sarg des erschossenen Hauptmanns Lent war auf einen Autoleichenwagen gehoben. Er wird in die Heimat des Erschossenen, nach Stargard, übergeführt werden, wo heute nachmittags unter Teilnahme einer großen Abordnung der Berliner Schutzpolizei das Leichenbegängnis stattfinden wird.

### Haus der Polizei.

#### Neuer Bau in Köpenick an Stelle unzulänglicher Baracken

In Köpenick wird zur Zeit in der Kaiser-Wilhelm-Straße eine umfangreiche Bauanlage für die Polizei durch die preussische Hochbauverwaltung geschaffen. Es handelt sich um eine Polizeiunterkunft, ein Verwaltungsgebäude für die Inspektion und ein Polizeiamt und Wohnungen für verheiratete Beamte der Polizei. In der Unterkunft erhalten 200 Beamte Wohnung. Eine große Turnhalle, eine Reithalle nebst Stallungen für 100 Pferde, Garagen, ein Reit- und Sportplatz, sowie ein Schießstand sind außerdem für die Unterkunft erforderlich.

Der Neubau, der von dem der Bau- und Finanzdirektion zugeordneten Regierungs- und Baurat Beckmann entworfen ist und geleitet wird, wird notwendig, weil die Beamten der Schutzpolizei seit längerem in unzulänglichen Baracken untergebracht sind und die Einmietung der Verwaltungen in Privatgebäuden zu hohe Mietkosten auf die Dauer erfordert. Die Bauanlage wird in drei Abschnitten ausgeführt. Der erste Teil umfaßt Unterkunft und Verwaltung, der zweite die Reit- und Turnhalle, Stallungen, Garagen und den Reit- und Sportplatz, der dritte die Wohnungen.

Die Länge der Straßenfront beträgt 250 Meter. In einer geschlossenen Straßenfront gliedert der Architekt den langen Baukörper in drei Teile, einen viergeschossigen für die Unterkunft und einen dreigeschossigen Baukörper für die Verwaltung. Beide werden durch einen turmartigen, sechsgeschossigen Baukörper vermittelt.

Fünf Wachtmeister erhalten ein großes zweifelhaftes lustiges Zimmer, das durch Schränke in eine Wohn- und eine Schlafabteilung getrennt ist und durch seine Ausstattung ihnen ein behagliches Heim bietet. In den Wohlfahrtsräumen ist Gelegenheit zum Essen und zur allgemeinen Unterhaltung gegeben, Spiel- und Lesräume sind vorhanden und zur Weiterbildung Unterrichtsäume mit Kinoeinrichtung.

Das Äußere wie Innere des Baues wird mit größter Sparsamkeit zweckmäßig durchgeführt. Das Gebäude ist bis auf den letzten Winkel ausnützlich. Der umfangreiche Dachraum enthält die Kleiderkammern und Werkstätten.

### Bergsteigertragödie.

#### 3500 Meter hoch erfroren. — Leichen auf dem Schneefeld.

Bern, 17. August.

Bei Besteigung des Aiguille d'Argentiere im Montblanc-Gebiet mußten drei schweizerische Touristen in 3500 Meter Höhe bivaktieren. Ein Tourist, Gobat aus Basel, ist dabei erfroren. Während des Abtiegs der Ueberlebenden erstürzte der 32jährige Kaufmann Wettstein aus Zürich tödlich ab. Der dritte Tourist konnte das Tal erreichen und die Bergung seiner Kameraden organisieren.

Innsbruck, 17. August.

Der zwanzigjährige Mechaniker Esfinger aus Stuttgart, der sich trotz aller Warnungen am 12. d. M. allein auf die Daniel-Spize begeben hatte, stürzte in der Nacht den steilen Felsen 200 Meter tief hinab. Seine Leiche wurde nach zwei Tagen aufgefunden und geborgen.

#### So fand man sie wieder . . .

Innsbruck, 17. August.

In den letzten Tagen wurden in den Zillertaler Alpen eine eingehende Suche nach dem vergangenen Sommer vermißten Brüdern Heinrich und Walter Hoffmann aus Kassel und dem Zillertaler Bergführer Bendel unternommen. Nunmehr ist es gelungen, die Leichen der beiden Brüder auf einem Schneefeld aufzufinden. Sie waren mit der abgesehenen Hälfte eines Seils verbunden. Der Bergführer Bendel konnte nicht gefunden werden. Die beiden Brüder lagen unterhalb eines größeren Felsblocks. Der Bergführer dürfte wahrscheinlich in eine Spalte gestürzt sein. Man nimmt an, daß er selbst das Seil abgeschnitten hat, um die Touristen noch zu retten. Die beiden Brüder und ein dritter Alpinist, ein gewisser Holzbauer aus Graz, dessen Leiche schon im letzten Sommer gefunden wurde, wollten offenbar zur Berliner Hütte zurück, gingen aber infolge Ermattung und Erfrierens zugrunde.

### Die Tat einer nervenkranken Mutter.

In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr versuchte die 25jährige Ehefrau Martha G., die mit ihrem Mann in einer Kolonie in Bittenau wohnt, sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern aufzuschneiden. Vor ihrer Tat brachte sie ihrem 1½ Jahre alten Töchterchen Schnitte an den Pulsadern und am Hals bei. Auf das Schreien des Kindes eilten die Angehörigen herbei und sorgten für die Ueberführung der beiden Verletzten ins Birkow-Krankenhaus, wo festgestellt wurde, daß das Kind nur leichte Schnittwunden hat, während die Mutter in Lebensgefahr schwand. Es ist anzunehmen, daß die Mutter schwer nervenkrank ist, denn eine geringfügige Familienzwistigkeit soll den Anlaß zu der Tat gegeben haben.

### Schweres Bootsunglück.

#### Sieben Todesopfer. — Im Gewittersturm gesenkt.

Basel, 17. August.

Ein schweres Bootsunglück hat sich am Sonntagabend auf dem unteren Zürichsee ereignet. Ein Motorboot, besetzt mit elf Personen, wurde etwa 150 Meter vom Ufer entfernt bei Nüschacht von einem orkanartigen Sturm überrascht. Innerhalb weniger Sekunden verschwand das Motorboot in den Wellen. Sieben Insassen ertranken, während vier von zwei Bootsführern gerettet werden konnten. Bis zum Abend konnte man drei Leichen bergen. Der Führer des Motorbootes hatte sich anlässlich der Fahrt, die zehn Personen noch überzusetzen. Erst auf das Drängen der größtenteils dem Radfahrerverein Thalwil angehörenden Personen ließ er sich bewegen, trotz des nahenden Unwetters über den See zu fahren.

### Sechs Todesopfer einer Autofahrt.

#### Befichtigung der Schlachtfelder fordert noch mehr Tote.

Paris, 17. August.

Ein außergewöhnlich schweres Kraftwagenunglück, bei dem sechs Personen lebendig verbrannten und zwölf andere sehr schwer verletzt wurden, ereignete sich in der Nähe von Commercy bei Bar-le-Duc.

Ein Musikverein aus Thunimont unternahm mit zwei großen Motorkraftwagen einen Ausflug nach Verdun zur Befichtigung der Schlachtfelder. Auf der Landstraße nach Vold wollte einer der beiden Wagen den anderen überholen. Hierbei hatte er mit dem Kotflügel des Vorderrades hinter den Kotflügel des vor ihm fahrenden Wagens, der dadurch vom Wege abkam und in einen sechs Meter tiefen Abgrund stürzte. Der Brennstofftank platzte und das Benzin entzündete sich sofort an dem heißen Motor. Im Ru stand der ganze Wagen in Flammen. Die Insassen, die schon durch den Sturz so schwer verletzt waren, daß sich nur ein Teil von ihnen selbst in Sicherheit bringen konnte, wurden von den Flammen ergriffen und verbrannten bei lebendigem Leibe. Die Insassen des zweiten Wagens, die sofort zur Hilfe eilten, konnten aus den Trümmern des völlig ausgebrannten Wagens nur noch sechs verkohlte Leichen bergen. Zwölf andere Insassen hatten schwere Brandwunden und Knochenbrüche erlitten und mußten in lebensgefährlichem Zustande in ein Krankenhaus überführt werden.

### Pankows Verfassungsfeier.

Die Reihe der diesjährigen Veranstaltungen zum Verfassungstag beschloß dieses Mal der Bezirk Norden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit einem gelungenen Volks-

fest in Lindners Konzerthaus in Pankow. Der eigentlichen Feier voraus ging ein Umzug der Reichsbannerkameraden der Kreise Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow. Der Demonstrationzug, der von einer immer wachsenden Menge begleitet wurde, ist überall auf das freudigste begrüßt worden. Den Abschluß dieser Demonstration bildete eine kurze Ansprache des Gauleiters des Pankower Reichsbanners, Kameraden Kisch, auf dem mit schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückten Pankower Marktplatz.

Das Programm des eigentlichen Volksfestes war vielfältig und kurzweilig und diejenigen Unverzagten, die den Regenschauern trotzen, brauchten dies nicht zu bereuen. Mehrere Reichsbannerkapellen teilten sich in die Befreiung der musikalischen Darbietungen. Heutige Reife registrierte passend eine Dichtung „12 Jahre Republik“. Mit viel Beifall aufgenommen wurde das Lustspiel „100 starke Arme“, das von Reichsbannerkameraden unter der geschickten Regie des Kameraden Apel sehr frisch und drastisch dargestellt wurde. Polizeimajor Heinrich, der Redner des Abends, fand ehrend und zu Herzen gehende Worte. Gelangt das arbeitende Volk endlich zu einer Einigkeit, so wird auch der Staat bald ein sozialer sein. Das Volk hat erkannt, daß sich die Republik nicht mit Gewalt beseitigen läßt. Tut alle diesem Staat gegenüber eure Pflicht! Begeistert stimmte die Menge in den Ruf: „Der deutschen Republik ein dreifaches Heil!“ ein.

### Ein tödlich verlaufener Motorradunfall.

Ein schwerer Verkehrsunfall, der zum Tode eines jungen Mädchens führte, hat sich gestern um 18.30 Uhr in der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten zugezogen. Durch den Regen kam ein Motorrad bei der Blätte auf dem Asphalt ins Schleudern, so daß ein junges Mädchen vom Sitzsattel herunterfiel. Es kam unter die Räder eines Autos, das direkt hinter dem Motorrad die Straße entlangfuhr. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus Moabit eingeliefert und ist dort gestorben. Es handelt sich um eine etwa 20 Jahre alte Margarete Böcker aus Clobbide bei Eberswalde.

Der zwölfjährige Schüler Heinz Wank aus der Teltower Straße 57 wurde heute gegen 14.30 Uhr vor dem Hause Berliner Straße, Tempelhof, von einem Postauto überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Junge in das St. Joseph-Krankenhaus eingeliefert.

Gegen 13.30 Uhr wurde vor Kaiserallee 42 der 42 Jahre alte Schlosser Max Rothmund aus der Sickingenstraße 80 von einer Kraftdroschke angefahren. Er erlitt innere Verletzungen und wurde nach dem Achenbach-Krankenhaus gebracht.

Jahresdiebstahl im Bezirksamt Prenzlauer Berg. Am 17. August, 14½ Uhr, ist ein Lindcar-Fahrrad Nr. 54466 vom Fahrradstand des Bezirksamts Prenzlauer Berg gestohlen worden. Die angeschlossene Kette ist durchgeschnitten worden. Angaben über den Verbleib des Fahrrades erbittet G. Richard Buchwald, Berlin AD 55, Reyer Straße 24.

# Die Getriebenen.

## Gefangene, die rückfällig wurden. — Im Gefängnis der Fleißigste.

Es ist eben den Rückfälligen kaum noch zu helfen; besonders im Augenblick, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Da verlagert fast jede Straftatlassenhilfe. Der Rückfall ins Verbrechen ist fast unausweichlich.

Der Angeklagte ist 40 Jahre alt. Das Gefängnis kennt er in- und auswendig. Er hat darin Schneiderei erlernt und in seiner Kunst auch Tüchtiges geleistet. Bei der letzten Entlassung hat er 56 M. erhalten. Es dauerte nicht lange, da sah er schon wieder wegen eines Einbruchs fest. „Man soll mir Arbeit geben“, sagt er vor Gericht. „Wenn ich dann was tue, soll man mich verdammten. Ich habe im Gefängnis den höchsten Lohn gehabt, 1,20 M. pro Tag. Ich habe für den Direktor genäht. Die Beamten haben bei meiner Entlassung sogar Geld für mich gesammelt und ich bin noch später in die Wohnung zu einem der Beamten gegangen, um einen Anzug zu Ende zu nähen. Ich habe im Gefängnis die Zuschneiderei erlernt. Das ist doch Beweis genug, daß ich vorwärts will. Was kann ich aber dafür, wenn es Millionen Arbeitslose gibt. Ich finde eben keine Arbeit draußen.“ Der Richter verurteilt den Angeklagten zu der Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis. Nun wird er wieder im Gefängnis der Fleißigste Arbeiter sein, den Höchstlohn erhalten und für den Direktor Anzüge nähen —, das heißt: Alles nur, wenn der Mann die Wahrheit gesagt hat.

### Die Frau die stiehlt, ohne zu wissen warum.

Die Frau ist jetzt 36 Jahre alt. Als sie 16 Jahre zählte, erhielt sie die erste Strafe wegen Taschendiebstahls. Seitdem hat sie etwa zehn Strafen verbüßt. Am 6. Juli verließ sie das Gefängnis. Zwei Wochen später sah man sie im Warenhaus Tieg, als sie einer Frau ein Portemonnaie mit 2,50 M. stahl. Sie ist Münchne-

rin. Sie hatte versprochen, Berlin zu verlassen und nach ihrer Heimatstadt zurückzukehren. Eine Fahrkarte lag für sie bereit; ihre Mutter sollte sie abholen. Nun sah sie wieder fest. Die Frau meint, Sie mußte eben stehlen gehen. „Sind Sie krank?“ fragt sie der Richter. „Ich weiß es auch nicht. Die Schwester meiner Mutter ist in der Anstalt gewesen. Ich hatte solche Angst, als ich aus dem Gefängnis herauskam, daß ich wieder stehlen würde.“ „Sind Sie schon mal untersucht worden?“ „Ja, der Arzt aus dem Untersuchungsgefängnis kennt mich.“ Eine Männerstimme aus dem Zuhörerraum bittet ums Wort. „Die Frau ist krank“, hört man. „Die Frau hat selbst gebeten, daß man sie stets begleitet. Morgen kommt ihre Mutter aus München.“

Die Sache wird verlagert. Die nächste Verhandlung soll im Moabit stattfinden. Der Arzt wird die Frau untersuchen. Den § 51 erhält sie doch nicht. Bewährungsanstalten gibt es auch nicht. Sie wird eben immer wieder stehlen und immer wieder aufs neue ins Gefängnis müssen. Opfer einer verrückten Veranlagung.

### Der Käse bringt es an den Tag.

In der Zentralmarkthalle beobachteten am Montag Kriminalbeamte der Dienststelle B. 2 zwei Männer, die einen Handwagen vor sich herschoben. Von dem Wagen ging ein starker Käsegeruch aus. Die Beamten, die sahen, daß die Männer Käufer für den Käse suchten, hielten das Gefährt an. Die Männer behaupten, sie hätten den Käse, insgesamt 10 Zentner, von einem Unbekannten gekauft. In Wirklichkeit dürfte er aber bei einem großen Einbruch gestohlen worden sein. Die Handwagenfahrer wurden vorläufig festgenommen, der Bestohlene wird gebeten, sich bei der Dienststelle B. 2 im Polizeipräsidium zu melden.



# Verdoppelter Ausfuhrüberschuß.

## Der Außenhandel im Zeichen der Krise.

Der deutsche Außenhandel zeigt in seiner Entwicklung die Einwirkungen der verschärften Krise: den Zwang zur Erhöhung der Ausfuhr, die Drosselung der Einfuhr.

Im Juli ist die Einfuhr weiter zurückgegangen; sie wird mit 562,5 (im Juni 607,3) Mill. Mark ausgewiesen. Von dieser Summe sind aber noch 25 Mill. Mark auf Lagerabrechnungen für Waren, die in früheren Monaten eingeführt wurden, abzusetzen, so daß die tatsächliche Einfuhr im Juli nur 538 Mill. Mark ausmachte. Das ist seit Jahren die niedrigste Einfuhrziffer. Andererseits ist die Ausfuhr erheblich, von 747 Mill. Mark im Juni, auf 827 Mill. Mark im Juli (unter Einrechnung der Reparations-Sachlieferungen) gestiegen. Der Ausfuhrüberschuß hat eine Rekordhöhe erreicht: mit 289 Mill. Mark hat er sich gegenüber dem Vormonat (139 Mill. Mark) mehr als verdoppelt.

Außenhandel im Juli (in Millionen Mark)

| Warengruppen                       | Einfuhr | Ausfuhr<br>(ohne Reparations-<br>Sachlieferungen) | Reparations-<br>Sachlieferungen |
|------------------------------------|---------|---|---------------------------------|
| 1. Lebende Tiere                   | 2,9     | 3,7   | 0,9                             |
| 2. Lebensmittel u. Getränke        | 167,4   | 31,1  | 0,3                             |
| 3. Rohstoffe und halbfertige Waren | 286,6   | 142,1   | 8,9                             |
| 4. Fertige Waren                   | 105,6   | 515,3   | 25,8                            |
| Warenverkehrs                      | 562,5   | 792,2   | 36,0                            |
| 5. Gold und Silber                 | 44,8    | 411,1   | —                               |

Der tatsächliche Einfuhrrückgang im Juli gegenüber Juni beläuft sich also auf 69 Mill. Mark. Dieser Rückgang ist nur ein Zeichen für die schlechte Beschäftigung der deutschen Industrie, entfallen doch 40 Mill. Mark des gesamten Rückganges auf die Rohstoffeinfuhr. Da in früheren Jahren um diese Zeit die Rohstoffeinfuhr steigende Tendenz aufwies, könnte man auf ein weiteres konjunkturelles Absinken der Beschäftigung schließen. Vermutlich wird aber die Bankkrise, die meistens vorübergehend zu einer Erschwerung der Rembourskreditnahme für deutsche Importeure führte, die Rohstoffeinfuhr im Juli ungünstig beeinflusst haben.

Der Rückgang im Juli gegenüber Juni beläuft sich also auf 69 Mill. Mark. Dieser Rückgang ist nur ein Zeichen für die schlechte Beschäftigung der deutschen Industrie, entfallen doch 40 Mill. Mark des gesamten Rückganges auf die Rohstoffeinfuhr. Da in früheren Jahren um diese Zeit die Rohstoffeinfuhr steigende Tendenz aufwies, könnte man auf ein weiteres konjunkturelles Absinken der Beschäftigung schließen. Vermutlich wird aber die Bankkrise, die meistens vorübergehend zu einer Erschwerung der Rembourskreditnahme für deutsche Importeure führte, die Rohstoffeinfuhr im Juli ungünstig beeinflusst haben.

Die Steigerung der Ausfuhr kommt fast ausschließlich auf Rechnung der Fertigwarenausfuhr. Stark erhöht hat sich die Ausfuhr von nichtelektrischen Maschinen, die eine Zunahme von 22 Mill. Mark ausweisen (davon Werkzeugmaschinen 16 Mill. Mark). Chemische Erzeugnisse verzeichnen eine Ausfuhrsteigerung um 10 Mill. Mark (davon Kali 5 Mill.). Auch Textilwaren (um 9 Mill.), Eisenwaren (um 7 Mill.), elektrotechnische Erzeugnisse (um 7 Mill.), Papier (um 4 Mill.) zeigen erhöhte Ausfuhrziffern. Die erhöhte Ausfuhr von Lebensmitteln beruht auf einer Abnahmesteigerung von Margarine, Ölen und Fetten.

Die Reparations-Sachlieferungen sind von 33 auf 35 Mill. Mark gestiegen. Dieser Ausfuhrposten wird demnächst verschwinden, da in Durchführung des Hoover-Festjahres nur noch soviel Sachlieferungen auszuführen sind, wie die B.I.Z. Basel, für diesen Zweck bestimmte Mittel hat. Ob es gelingt, die Verträge auf Reparations-Sachlieferungen in „freie“ Verträge umzuwandeln, ist fraglich, da weder der deutsche Haushalt noch der Haushalt eines Gläubigerstaates belastet werden darf.

Die Entwicklung des Außenhandels hat also zu einer wesentlichen Verbesserung der Devisenbilanz geführt. Erfreulich ist, daß die Steigerung des Ausfuhrüberschusses zum Teil auf eine Erhöhung der Ausfuhr zurückzuführen ist. Von einem Verlustexport schlechthin und von einer Steigerung des Exports unter Verlusten wird man nicht sprechen können, da sich der Preisindex des statistischen Reichsamts für ausgeführte Fertigwaren nur um ein Prozent gegenüber dem Vormonat gesenkt hat. Aber der Gesamtumfang des Außenhandels ist gegenüber Juli vorigen Jahres um fast ein Drittel, von 1860 auf 1900 Mill. Mark, zurückgegangen.

# Schieles gefährliche Politik.

## Die überflüssige Zinsverbilligung. — Preissteigerung auf der ganzen Linie.

Zeit ist in einem amtlichen Communiqué eine Uebersicht der vorgesehenen und teilweise schon erlassenen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zu Schieles Getreide- und Erntepolitik gegeben worden. Die eine Gruppe von Maßnahmen soll bezwecken, daß die Landwirtschaft den Verkauf ihrer Ernte ruhig abwickeln kann, die andere soll direkt die Preisbildung beeinflussen durch Kreditverbilligung an Händler und Mühlen sowie durch Verbesserung des Absatzes auf dem Wege des Exportes. Die Maßnahmen der ersten Gruppe liegen bereits fest. Kredite in Höhe von zusammen 350 Millionen Mark sind für die Erntebewegung bereitgestellt und ein Lagerscheinssystem ist geschaffen. Der Erlaß der Ausführungsbestimmungen für die Inangabelegung des Lagerscheinwesens steht unmittelbar bevor. Der Verwaltungsrat der Getreidehandelsgesellschaft hat sich in eingehenden Beratungen damit befaßt; es ist in Aussicht genommen, daß zur Durchführung der Einlagerung die Läger von Handelsfirmen, Genossenschaften und sonstigen Lagerhaltern benutzt werden, um den Ausbau eines eigenen Apparates der Getreidehandelsgesellschaft zu Verbilligung der Lagerkosten soweit als möglich entbehren zu können.

Gegen die Maßnahmen einer Erntefinanzierung, soweit sie nicht eine übermäßige Kreditausweitung bedeutet, sowie gegen die Bildung eines Lagerscheinwesens ist nichts einzuwenden, denn eine ruhige Abwicklung des Verkaufs der Getreidernte liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern aller Teile der Volkswirtschaft.

Dagegen kann nicht stark genug Widerspruch erhoben werden gegen die besondere Zinsverbilligung der Erntebewegungs- und Lombardierungskredite.

Mit Hilfe dieser Zinsverbilligung auf 4 Proz. wird die Landwirtschaft in den Stand gesetzt, nicht etwa nur eine ordnungsgemäße Abwicklung der Verkäufe ihrer Ernte durchzuführen, sondern sie kann angesichts des außerordentlich niedrigen Zinsfußes auch das Getreide zurückhalten. Dadurch wird es ihr ermöglicht, eine Preissteigerung zu erzwingen, die der Not in Deutschland geradezu Hohn spricht.

Das Reichskabinett hat auf diese Not der Massen keine Rücksicht genommen, denn der Erlaß der noch fehlenden Ausführungsbestimmungen für die Bereitstellung von Mitteln für die Zinsverbilligung wird als unmittelbar bevorstehend bezeichnet. Es fehlt also nichts mehr zu einer Steigerung der Getreidepreise, namentlich der Weizenpreise, auf den enorm hohen Frühjahrsstand des vergangenen Erntejahres; die Preissteigerung erfolgt mit Hilfe einer Subvention, deren Kosten die Steuerzahler aufzubringen haben. Die Regierung rechnet damit, daß für die Zinsverbilligung Kredite von ungefähr 350 Millionen Mark in Frage kommen und somit ein Zuschuß von 5,25 Millionen Mark für drei Monate und von 21 Millionen Mark für 1 Jahr aufzubringen wäre.

Neben dieser Zinsverbilligung sollen bekanntlich einige Hunderttausend Tonnen Roggen von der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft magaziniert werden. Die finanziellen Voraussetzungen dafür sind bereits durch Uebernahme einer entsprechenden Reichsgarantie geschaffen worden. Dagegen wird nichts gesagt von der Einführung von Roggenexportprämien.

Ob das Reichsernährungsministerium einsichtig genug war, die

Schädlichkeit solcher Exportprämien einzusehen oder ob hierfür die Mittel nicht ausreichen, entzieht sich unserer Kenntnis. Bisher hat man wirklich eingesehen, daß angesichts der Zinssubventionen und der Magazinierung andere Mittel nicht notwendig sind, um die Roggenpreise auf die gewünschte Höhe zu bringen.

Dagegen wird, um die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise nicht zu stören, der Export von deutschem Weizen bis zum 31. Dezember dieses Jahres gegen Erteilung von Ausfuhrscheinen, die zur Einfuhr von Auslandweizen zu einem Zollfuß von 2 Mark je Doppelzentner berechtigen, ermöglicht. Und zwar dürfen nicht nur, wie Schiele in seiner Rundfunkrede ankündigte, 40 Proz. der exportierten Menge sofort wieder eingeführt werden, sondern eine dem gesamten Export entsprechende Menge. Die Neuregelung der Ausfuhrscheine tritt am 24. August in Kraft. Bereits vom 16. August ab ist der neue Vermahlungsanspruch für Inlandsweizen in Geltung, der für das ganze Erntejahr auf 97 Proz. festgesetzt ist. Die Mühlen sollen also, abgesehen von dem Austauschweizen nur 3 Proz. ihrer gesamten Vermahlungsmenge aus dem Ausland decken dürfen.

In seiner Rundfunkrede hat aber Herr Schiele selber zugegeben, daß unter Zugrundelegung des bisherigen Bedarfs von 4,8 Millionen Tonnen Weizen 300 000 Tonnen nicht aus der deutschen Ernte gedeckt werden können. Er rechnet also entweder damit, daß die Lage der Verbraucher inzwischen so verändertes ist, daß sie den Weizenkonsum einschränken müssen, oder daß die Vermahlungsquote am Ende des Erntejahres gesenkt wird.

In jedem Fall entspricht die Festlegung des außerordentlich hohen Vermahlungsanspruches nicht den zur Zeit bestehenden Verhältnissen.

Dieser Vermahlungsanspruch, der einem Einfuhrverbot gleichkommt, soll ausserdem nur den Mühlen den Anreiz geben, jetzt möglichst viel Inlandsweizen zu kaufen und auszuführen, und damit den Markt von deutschem Weizen zu entlasten.

Wir haben oft genug die Getreidepolitik des Reichsernährungsministers als schädlich für die Allgemeinheit gekennzeichnet. Wir müssen aus diesem Anlaß wieder feststellen, daß mit allen Mitteln versucht wird, das agrarische Preisniveau auf einer Höhe zu halten, die angesichts der Krisenlage der deutschen Wirtschaft nicht zu verantworten ist. Dadurch wird die Landwirtschaft, soweit sie Getreide vermehrt, allen übrigen Zweigen der Wirtschaft, die unter den besonderen Erschwernissen dieser Krise zu leiden haben, bevorzugt. Wir halten diese Bevorzugung für falsch, sowohl im allgemeinen Interesse als auch im Interesse der Landwirtschaft, denn nur eine Stärkung der Konsumkraft des Inlandes kann eine wahre Agrarhilfe bedeuten.

Börsenöffnung nicht mehr im August. Die Bemühungen um die Wiedereröffnung der Börse nach im Laufe des Monats August dürften kaum von Erfolg begleitet sein. Besprechungen darüber im preussischen Handelsministerium ergaben eine fast übereinstimmende Auffassung dahin, daß mit Rücksicht auf die zu erwartende Kurssteigerung der festverzinslichen Papiere die Börsen erst nach neuerlicher Herabsetzung des Reichsbankdiskonts geöffnet werden könnten.

# Wieder ein Baufrach.

## A. G. für Bauausführungen geht in Konkurs.

Wieder geht ein bedeutendes Bauunternehmen in Konkurs. Die A. G. für Bauausführungen (mit einem Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark) hatte schon für das Jahr 1929 einen Verlust von 0,4 Millionen Mark ausgewiesen, der aus der Reserve gedeckt wurde. Die Bilanz für 1930 wurde bisher nicht veröffentlicht, da die Firma schon lange Sanierungsreife ist.

Es scheinen verschiedene Ursachen — abgesehen von der schlechten Lage des Baumarktes — gewesen zu sein, die den Zusammenbruch verschuldeten. Zunächst bestanden enge (und verlustreiche!) Beziehungen zu der verkrachten Magdeburger Bau- und Kredit A. G., die ihrerseits durch den Konkurs der Emil Heinicke A. G. stark geschädigt worden war. Dann wird von der A. G. für Bauausführungen auf die Notwendigkeit großer Abschreibungen hingewiesen. Es scheint so, als ob das Unternehmen in unzulässiger Weise das Baugeschäft mit der Grundstückspekulation verquidmet hat; jedenfalls war der Besitz an Grundstücken (95 000 Quadratmeter) höher als das ganze Kapital (nämlich mit 2,7 Millionen Mark) bewertet. Das Ruhandelgeschäft hat ebenfalls Verluste gebracht; und schließlich ist ein großer Teil der Forderungen (1929 3,3 Millionen Mark) nicht einzutreiben.

Die Tatsache, daß sofort der Konkurs und nicht erst das Vergleichsverfahren beantragt wird, läßt darauf schließen, daß aus dieser Pleite nicht allzuviel zu retten sein wird. Ende 1929 wurden Schulden in Höhe von 3,6 Millionen Mark ausgewiesen. Im Jahre 1928 hat die Firma mehr als 5200 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1929 noch über 4000.

# 14 Mill. Mark Opel-Verlust.

## Hohe Abschreibungen — große Neuanlagen.

Die Adam Opel A. G., Rüsselsheim, die jetzt bekanntlich dem amerikanischen General-Motors-Konzern gehört, weist für das Geschäftsjahr 1930 einen Verlust von 13,9 Millionen Mark aus. Dieser Verlust wird mit 1,7 Millionen Mark aus dem Reservefonds gedeckt; 12,2 Millionen Mark werden vorgelagert.

Das ganze Geschäftsjahr 1930 stand unter dem Einfluß der gründlichen Umstellung, die die Amerikaner nach der Besitzübernahme durchführten. Die ganze frühere Produktion, vom Opel-Lautsprecher bis zum Luxuswagen, wurde aufgegeben und dafür die Herstellung von vier Typen (1,2 Liter und 1,8-Liter-Personenwagen; 1,5-Tonnen- und 2-Tonnen-Lastwagen) entwickelt. Dadurch entwertete sich ein Teil der vorhandenen Materialien, Maschinen und Einrichtungen, während andererseits große Summen für die neue Fabrikation aufgewandt werden mußten. Der Wert des Warenlagers ging von 22 auf 12,4 Millionen Mark zurück, der Wert der Anlagen erhöhte sich von 55,5 auf 67,5 Millionen Mark.

Nicht nur produktionstechnisch, auch in der Bilanz scheinen die Amerikaner erst einmal „reinen Tisch“ gemacht zu haben. Daß die regulären Abschreibungen von 4,3 auf 7,2 Millionen Mark erhöht wurden, erklärt sich aus dem höheren Wert der Anlagen. Aber auch auf die Forderungen an „faule“ Kunden hat man 5,5 Millionen Mark abgeschrieben; alle Forderungen erscheinen nur noch mit 4,2 gegen 16,1 Millionen Mark. Für besondere Verluste (aus Bürgschaften, aus Entwertung der Anlagen) sind weitere 4,1 Millionen Mark abgesetzt. Und schließlich hat man das Sonderreservekonto um 3 Millionen auf 17,8 Millionen Mark erhöht. Man muß aber annehmen, daß in diesem Posten auch langfristige Schulden an die General-Motors (durch jährliche „Abschreibungen“ später abzutragen) enthalten sind; denn trotz der Neuanlagen sind die Verpflichtungen und Bankschulden von 22,3 auf 21,7 Millionen Mark zurückgegangen. Das Aktienkapital ist mit 60 Millionen Mark unverändert.

Der ausgewiesene Verlust ist also in erster Linie auf die Abwertungen und Abschreibungen zurückzuführen. Ob die ganze Umstellung erfolgreich war, wird man erst später beurteilen können, wurde doch die Serienfabrikation der neuen Typen erst in diesem Jahre aufgenommen. Die Verwaltung ist jedenfalls optimistisch; in diesem Jahre habe sich der Anteil am deutschen Autoabatz um fast 2 Proz. erhöht, und im Juni seien 77,6 Proz. der ausgeführten deutschen Autos Opel-Wagen gewesen.

# Neue Schwierigkeiten bei Mansfeld.

Die Mansfeld A. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Eisleben, hat in einer Bekanntmachung ihre Belegschaft auf die drohende Gefahr des Erliegens der Kupferbetriebe hingewiesen, die nur durch eine Senkung der Selbstkosten in Verbindung mit sonstigen Hilfsmassnahmen abgewendet werden könne. Bei dem noch im allgemeinen Tiefstand des Kupfer- und Silberpreises ständen die Einnahmen in einem so starken Mißverhältnis zu den Selbstkosten, daß trotz der Reichs- und Staatszuschüsse die Beschaffung der Mittel zur Deckung dieser Fehlbeträge nicht möglich sein werde.

# Preussag-Verkäufe in Oberschlesien.

Die seit einiger Zeit geführten Verhandlungen, um eine Vereinigung der Preussag-Hüttenwerke in Gleiwitz und Malapane mit denjenigen der Vereinigte ober-schlesische Hüttenwerke A. G., Gleiwitz, herbeizuführen, sind jetzt zum Abschluß gelangt. Sie haben zu einer Uebertragung der Preussag-Betriebe an die Vereinigte ober-schlesische Hüttenwerke A. G. geführt. Der hierüber abgeschlossene Vertrag läßt hoffen, daß durch den vereinigten Betrieb weitere Entlassungen von Arbeitern und Angestellten junctlich vermieden werden, soweit dies die schwierige wirtschaftliche Lage im allgemeinen und der Eisenhüttenbetriebe im besonderen zuläßt.

Wir kommen auf diese Maßnahmen noch zurück.



# Ernst Hoferichler: Varieté im Atlantik

Ein Zirkuswagen steht auf der Backbordseite des Schiffes und schaukelt in die tropischen Gewässer ein.

Einhundertzwanzig lebende Krokodile reisen als Varieténummer wieder in ihre Heimat zurück. Und schon hinterm Wendekreis des Krebzes ahnen sie den Äquator. Aus den verhängten Bassins schlagen ihre Schwänze gegen die Blechwände, Rauchen wird hörbar, und über Nacht bis ein Tier dem anderen einen Vorderfuß ab. In der steigenden Wärme werden sie erregt und bissig, bei Kälte fallen sie in Schlaf und Phlegma zurück.

Bei Kapitän Wall, dem Vater und Erzieher dieser Tüftler, erzeugt die Hitze ihre Wirkung in verkehrter Richtung. Bäche und Flüsse rinnen ihm wie auf Landkarten über die fleischigen Hügel seines Gesichts. Seine Heimat ist nicht Amazonas und La Plata. Wo die Berliner Weiße mit Himbeer fließt, da fließen die Gestabe seines Wohlbehagens. Aber — da Deutschland die ausländischen Artisten bevorzugt, schmilzt er und ein Duzend Kollegen nach Buenos Aires hinüber, wo noch Sinn und Geld für ehrliche Artistenarbeit zu finden ist.

Vom Achterdeck her dringt jubelndes Beilen. Und während im Ozean Szenen von fliegenden Fischen über die Wellen glänzen, führt die Direktion des Wiener Hundstoppers ihre Passen übers Promenadenband. Weiße Pudel sehen zum erstenmal im Leben den großen Atlantik und haben bis zur nächsten Vorstellung noch nie so weiten Weg zurücklegen müssen. Und daß diese Strafe wochenlang schaukelt, wird in ihren dressierten Köpfen zum unerhörten Erlebnis.

Meine Tischnachbarin ist Dänemarks beste Drahtseilkünstlerin. Wir sprechen vom Prinzen Hamlet, von ihrem Fahrrad am Hochseil, über Rinderroulede mit Schwenkartoffeln und Seiltänzen ohne Schutznetz. Ihr Lehrer, Meister und Partner sitzt gegenüber, ist mit Spreewasser gelaut und spricht den Dialekt der deutschen Reichshauptstadt mit solcher Plastik und Hingabe, daß ich die Cap Verdischen Inseln für den Alexanderplatz ansehe.

Während draußen ein Walfisch vorbeizieht, eine Fontäne gegen den Himmel springt, erzählt Meister Wichmann — wie sie von den Bauern die Pferde mieteten, um den grünen Wagen von einem Dorfe zum anderen zu schleppen. Und überm Marktplatz tanzte er auf dem Seil, das von Dachlufe zu Dachlufe gespannt war.

Jetzt aber fährt er nach Argentinien, in der Koenida de Mayo tünden überlebensgroße Plakate das baldige Aufstehen an — er hat mit seiner Partnerin Hansen die Welt erobert. Deutsche Artisten funkeln als „Sterne“ am Varietésternhimmel Südamerikas.

Am Kaufsalon des Drittklassensampfers Jarodt das Marionettentheater. Raspetl Barifari knallt den Fischkönig auf die Tischplatte, Soladin mit der Wunderlampe sucht in seine Trumpslosigkeit, und im Gepäckraum schlafen die Puppen; die Drähte ruhen aus, und die Märchen dampfen und träumen einer Welt entgegen, die ohne gezogene Puppen märchenhaft in die Welt eingeseht ist.

Die brasilianische Küste kommt in Sicht.

Und das schwimmende Varieté mittert den Geruch von Leimfarbe, hört das leise Summen der Musikinstrumente und verspürt den Wind, der von aufziehenden Theatervorhängen wie Flügelschläge über die Bühnen zieht... Unruhe und Geflatter geht im Schiff um. Und es sieht aus — als wäre von der Mündung des Amazonas her ein knallbunter Papageiensturm aufgebrochen und hätte sich überm Dampfer niedergelassen.

Kapitän Wall füttert seine Krokodile, gibt dabei eine Gratisvorstellung, erklärt die ersten Dressuren... Damals in Florida auf der Rutschbahn, dann „Der Ringelampf unter Wasser“... Das Publikum folgt erregt dem Kampf zwischen Leben und Tod... Hundert Sekunden unter Wasser... Die Tiere sind dumm und gefräßig... Der Schiffsarzt hält ein Junges im Arm und streichelt es wie einen Angorakater.

Der Lustartist will mir noch kurz die Anfangsgründe des Seiltanzes beibringen. Je höher — desto sicherer.

Aber jeder Windstoß am Hochseil wird gefährlich. Und von der Kommandobrücke aus wird die Allerbeweglichste sichtbar.

„Barmes Wasser ist gefährlich...“ schreibt der Krokodilmenich dazwischen und schleudert das Krokodil in roten Fahren ins Bassin... und im Sturz würde man schon bemühlos... das Auf-fallen wird kaum mehr erlebt“ erklärt mir der Seiltänzer die Todesstürze.

... am Hochseil mache ich das Gefährlichste — auch ohne Reg-Überfliegen oder Achterbahnfahren getraue ich mich nicht... hat der Artist kaum geendet, als mir ein freundlicher Sachse seine Badehofe unter die Nase hält. Er ist Artist des Erlebens und stammt aus Dresden. Lebt als Pensionist und fährt bis nach Santos — nur um zu baden. Ob er nicht doch besser einen Badeanzug hätte mitnehmen sollen, sind seine einzigen tropischen Bedenken. Mit wenig Ersparnissen versucht der Achtundsechzigjährige viel zu erleben. „Wenn ich mal älter bin, dann mach' ich gen Geilon, da soll es auch 'nen schönen Badestrand geben...“ Nun wird er vorerst in Santos an der Praia José Renino barfuß laufen, Sonnenbäder nehmen — und wenn die Badehofe reißt, hat er eine Reserveknur bei sich. Stündlich mißt er die Temperaturen des Wassers, schreibt sie ins Notizbuch und darüber in der Heimat Vorträge.

Er ist Artist des Lebens, tanzt auf dessen Rückenseiten Seil, und sein Lebensabend ist nicht die schlaueste Varieténummer, die auf diesem Schiff nach Südamerika zieht.

Ohne Zukunftsangst erwarten die Artisten das Land. Ihre Reise ist bezahlt, die Rückfahrt gesichert, und die Sagen sind gut bürgerlich. Die deutschen Auswanderer an Bord sehen keine Helle im Süden. Als ungelernete Arbeiter „drüben“ angekommen, bedeutet Eingang in die wahrhaftige Trostlosigkeit. Ihr Schicksal ist schwarz und dumpf, wie der große Wald dieses Landes. Nur Techniker, gelernte Handwerker, Industriearbeiter und Ingenieure können es wagen, ohne Rückfahrkarte in die fragwürdigen Möglichkeiten Südamerikas auszuwandern...

Der komplette Varietéabend an Bord verfällt ins Lampenfieber, wenn der Hasen des Engagements mit grünroten Lichtern blinzelt. Vor der Jollchörde öffnen sich die Klamottenkoffer wie gähnende Mäuler. Entfesselungsketten, Trikots, Wagnersumpuder, Nadeltrapez, Paillettenkleider für Hunde und Dumme-August-Verläden werden in den Dampf der Tropen gehoben. Der große Atlantik war nichts als eine verlängerte Pause, der fremde Erdteil ist nur zum neuen Engagement geworden... Am Horizont ertönt das erste Klingelzeichen. Ueber Südamerika geht der Vorhang hoch, und aus den Urwäldern rauscht es „Hals- und Beinbruch“.

Woh! dem, der vom Lande empfängt, was der nachtsalbe Hasen verspricht.

Die edelsteute halb umfunkt zu Heberbergen und in das halbe lauch ires haug und hauchraths einzugeben, verhalten die heuser nicht flachhoffig gebaut werden.

Sowohl bei öffentlichen wie privaten Bauten wird anstatt Stein und Holz meistens ungebrannter Lehm verwendet. Starke Bauten bedürfte Spanen nicht, „dan mans des wassers und herberge und allerlay provandt gebredens halbe und, das stiehe fast weget von einander ligen, san sich sein heer in gysponia lang erhalten, derhalben man auch in der nacht die stette nicht aufleusei“.

Um diese Reiseaufzeichnungen kulturhistorisch einigermassen zu würdigen, müßte man sie in das Zeitbild Europas einstellen, das ja auch damals kein Paradies war. Wir müssen uns begnügen, den geschichtlichen Rahmen für Spanien selbst notdürftig anzudeuten. Damals war Spanien auf der Höhe seines politischen Glanzes, es war die weltbeherrschende Macht, in Karls V. Reich ging die Sonne nicht unter. Aber der Beginn seines Abfluges fällt ungefähr zusammen mit diesem politischen Höhepunkt. Man vergesse nie, daß Spanien ausgeblutet worden ist. Es hat siebenhundert Jahre Krieg geführt mit den Mauren. Dann hat die Inquisition gewütet. Torquemada hat von 1483 bis 1501 nicht weniger als 10 220 Menschen verbrennen lassen und 97 321 zu anderen Strafen verurteilt. Im Jahre 1492 wurden durch das Edikt von Granada alle Juden ausgewiesen, etwa eine Million. Im Jahre 1500 brach Isabella die Katholische die Kapitulationsverträge von Granada und führte dort die Inquisition ein. Karl V. trat dann die Rechte der Ständevertretungen, der Cortes, nieder und veranlaßte die blutige Volksbewegung der „Comuneros“ in ganz Kastilien, der die Zustände der Juntes (gormanias) in Valencia vorausgegangen waren. Beide wurden im Blut ertränkt, unter furchtbaren Repressalien. Dazu kam seit der Entdeckung Amerikas — 1492, in demselben Jahre wie die Eroberung von Granada — die Abwanderung tüchtiger Menschen über See und durch die vermehrte Einfuhr der Edelmetalle eine große Preissteigerung. Unter Ferdinand und Isabella hatte Kastilien noch 8 Millionen Einwohner, 1541, also 40 Jahre später, nur noch 4,5 Millionen. Und das war das siegreiche, vorherrschende Land! Danach kann man sich den Bevölkerungszuwand in dem besiegten Maurenreiche vorstellen. Unter Isabella (tot 1504) versorgte Murcia noch ganz Kastilien mit Getreide; hundert Jahre später war es eine Einöde.

Bei aller Kargheit der Aufzeichnungen werfen sie doch Licht auf Verhältnisse, die noch heute fortwirken. So erfahren wir, daß Spaniens Berge und Hochebenen schon damals kahl waren. Das Land war offenbar holzärmer als heute, denn man hatte nicht einmal Holz für Weinfässer, sondern benutzte den Wein in Tongefäßen oder verzierten Ziegenhäuten auf, und unser Autor klagt, daß er nach Ziegenhaut schmecke. Schon die Römer dürsteten das Abholzen der Berge besorgt haben, so daß dann der Humus weggespült wurde und die nackten Felsen blieben. Daher dürsten uns die Klagen über die entsetzliche Trockenheit und den Wassermangel nicht verwundern. Interessant ist, daß die allerchristlichen Könige von den Mauren zwar nicht die Duldbarkeit und die bewundernswerte Wasserversorgung, wohl aber die Stiergefächte bauernnd übernahmen. Daß damals das politisch mächtigste Land der Welt seine wirksamste Verteidigung in seiner Entblößung von Menschen und Nahrungsmitteln fand, daß man fremde Eindringlinge nicht zu töten brauchte, weil sie nichts zu leben hatten, gibt auch den Schlüssel zu späteren geschichtlichen Ereignissen. Wir finden auch schon damals die Verpfändung in voller Blüte, die man gemeinhin an den Römern Philipp II. knüpft. Und einen allmächtigen Adel, der die Bürger durch sein Recht auf freie Herberge und Verpflegung arm frist und Herr ist über Leib und Seele nicht nur seiner Regentstuden, sondern auch seiner Leibeigenen, die kein unterworfenen Stamm, sondern seines Blutes sind. Für das Volk des Reiches, in dem die Sonne nicht unterging, bedeute die führende Weltmachtstellung Rechtslosigkeit und Elend und Weisbluten seines Menschenheiles. Die Welt Herrschaft ging bald verloren, aber die durch sie geschaffenen inneren Herrschaftsverhältnisse und ihre Folgen blieben zum Teil bis heute, und die spanische Republik mocht sich jetzt daran, jahrhundertlanges Unrecht auszuweichen.

Oda Olberg:

## Reise durch Spanien im Jahre 1526

Als Leibarzt des Pfalzgrafen Friedrich hat ein Dr. Johannes Lange aus Schlesien im Jahre 1526 die Reise von Neumarkt in der Oberpfalz nach Granada, an das Hoflager Kaiser Karls V. gemacht. worüber er in tagebuchartigen Aufzeichnungen berichtet. Ein Journalist ist unser Doktor nicht, zu einem Blick für weite Zusammenhänge und zu philosophischen Betrachtungen scheint er auch nicht befähigt, aber an tatsächlichen Angaben läßt sich der vor einigen Jahren „im Archiv für Kulturgeschichte“ veröffentlichten Handschrift doch einiges recht Interessante entnehmen.

Anfang März bricht der Pfalzgraf mit ziemlich zahlreichem Troß auf und ist am 27. Mai im Baskenlande. Von ihm sagt Lange, daß es ein unhofflich Vold hat, eine funderliche Sprode, welche mit dem welschen Latein, frantzösischen, deutschen und hispanischen nicht gemaynet hat. In Pampalona stößt er auf „kaysers kriegsleute, welsche er über XXII. monats soltdt schuldig ist“. Raum aus dem Baskenlande nach Kastilien gelangt, sieht er eine Prozession, die Gott „mit schreyender symbe umb regen, wasser und darinherrigheit“ anfleht. An mehreren Orten finden die Reisenden Aufnahme beim Pfarrer, der alles vor ihnen verschließt. In Badalozana will ein Edelmann dem Pfalzgrafen „alle kinder von einer swarzen Morin“ verkaufen.

„An ganz Hispania die Reichen und die Edelkeit die swarge verkauffte moyn und leypangen haben, vergonnen yberman die fleischlich zu erkennen, also doch das die frucht des hetzen blesben jandt, welche er im sibenden und zehenden jahre, auch Eliter und XVI. oder XX. ducaien, auch vill teurer verkauffe“.

Dieselben Edelsten und Beisten, die ihre Gäste zur Zucht verwenden, liehen sich aber das Seelenheil des Volkes sehr an Herzen liegen. Aus Teubleque berichtet unser Gewährsmann, daß sein „wirt von wegen der Marranischen Sech verbrant was“. Maranen nannte man die gefausten Juden, die ihrem alten Glauben im geheimen weiter treu blieben. Wer sie unter Eid dieser Treue beschuldigte, setzte fast immer die Verurteilung durch, ohne Gegenüberstellung von Kläger und Beklagten. Das Opfer wurde verbrannt, sein Besitz eingezogen und sein Name auf ein gelbes Tuch geschrieben, das in der Kirche aufgehängt wurde. Jede Kirche hätte wenigstens zwanzig, einige aber vierzig und stebzig dieser Tücher.

In vielen Dörfern Kastiliens ist der Verkauf von Milch verboten, damit die Küder länger saugen und stärker werden. Lange merket weiter, daß es jedem in Spanien freistünde, Wild abzuschleichen, was die Bauern mit vergifteten kleinen Pfeilen täten, deren Gift, wenn es auch nur durch eine ganz belanglose Wunde in den Blutkreislauf gelangte, auch dem Menschen in ganz kurzer Zeit tödlich war. Von Granada, das damals seit 34 Jahren von den „allerchristlichen Königen“ erobert worden war, sagt er, es wäre fast doppelt so groß, wie Nürnberg, und die Einwohner zur Hälfte „weiße moren“ (Mauren). Er sieht einem Stiergefächte zu, bei dem sechs Stiere, drei Menschen und ein Pferd ums Leben kommen. Den Moren sei der Besitz von Waffen, außer einem kleinen Brot- und einem Fleischmesser, streng verboten und aller vierzehn Tagen finden deshalb Untersuchungen bei ihnen statt. In Granada findet Lange viel Seidenindustrie, aber die Ware sei nur um wenig oder nichts wohlfeiler als in deutschen Landen. Von der Alhambra merket unser Reisender nur „die lustige und kunstreiche hald“ (Bäder). Die maurischen Frauen, die ihren Schleier und ihre Tracht ablegen

wollen, müssen für diese Freiheit jährlich einen Dukaten bezahlen; veräumen die Mauren aber den heilichlichen Sonntagsgottesdienst, so büßen sie dafür mit einem Keel.

Am 6. Juli wird die Rückreise angetreten, mit Freuden, wie unser Autor demerkt. Ueber Toledo erfahren wir, daß der dortige Erzbischof 80 000 Dukaten jährliches Einkommen hat, weiter 10 000 für die Erhaltung der Kathedrale. Erst im Baskenlande stößt man wieder auf dicht bewaldetes Land. Im Umkreis einer Meile von Victoria lagen 60 Dörfer; von hier werden Kastilien und die Bretagne mit Eilen versorgt. Auch Getreide wird auf dem Seewege ausgeführt. Dort hat die Wirtin „den Marschall für einen Juden gehalten und geschollen, derhalben sie auch in anderthalben Stunde uns kein brot wollte verkauffen“. Immer wieder hebt er hervor, daß in diesen baskischen Ländern „Opffel ubersüßlich vil wachssent“, daß es schöne Weisbilder giebt und daß die Jungfrauen die Haare kurz geschoren tragen.

Zu einer zusammenfassenden Betrachtung rafft sich unser Arzt erst auf, als er wieder an der frantzösischen Grenze ist und sich berufen fühlt, etwaigen Nachfolgern Reiseaufschätze zu geben. Erstens also, wie man heute sagen würde, die Vorkormalitäten. Dem Reisenden „ist von notten, das er auch und ein zu rechtigen sicher gelange habe des Konigs von frantzreich, sonst wirt er an frontirn oder Grenzhen gefendlich aufgehalten, und auch von dem Konser schriftlichen und ernstliche befehl habe an alle stette und dorffer Hispania, das man ihn herberge schaffe und, weh er notdürfftig sey, umb ein ziemlich geld verkauffe und mittweh“.

Aber Kaiser und König allein reichen nicht aus. Ein Tourist mußte sich damals noch mit einigen anderen belassen. Unter „Bädeker“ aus dem 16. Jahrhundert gibt da folgende Ratsschläge: „Zum andern das er an der frantzösischen grenz zu Bagona kauffe stuel, Tisch, häffen, brotpeis, tessel, Kellen und Plannen, was man in der luchen gebraucht, und uff einem Efel nachzure, dan in den Hispanischen herbergen vindel mans nicht zu kaufen, noch zu ensehen, und so sie doch solchen obgemelten hauchroch heitthen, das do seltsam ist, so verkauffen sie den und verschließen in. Auch findet man in obgemelten herbergen kein stallunge, kein heuse noch streue, auch weder rohbaren (Krippen) noch roysse, sunder kein zerriben strohe glydislang und gerste, auch wisse an stat des hoberns, damit man fuellert.“

Das beghewant ist nicht von federn, sunder mit wolle, ehlisch auch mit erbstroe aufgefüllt und die Beyloch (Weintücher) sein von wost gutter und subtiler leynbath, welche sie mit waschen lauber und rein halten, jedoch hätten an oil orten die leuse, wangen und mucken die herberge vor uns bestalt und eingennommen. Auch vindel man wost in allen heusern Hispania und sunderlich in der herbergen kein heimlich gemach oder sprochhusein, sunder yberman leufft in die stette, derdan die stallunge also frinden, das nicht wunder wer, das gestankes halbe die geulle verdurben.“

Lange hebt dann hervor, daß man selten Holz zum Kochen findet, wegen des Holzmannels im Lande, weshalb in vielen Orten in einem gemeinamen Ofen gekocht wird, was im Falle unserer Reisenden die „obrtzeit hat müssen ofte schoffen“. Dann folgt eine soziologische und politische Betrachtung:

„Ursache solcher hosen und ungebauhen herbergen ist des Landes unfruchtbarkeit und das ein iglicher burger in Castilia schuldig ist.“

### Woher kommt Farbe und Geruch der Rose?

Man freut sich an einer Rose wegen ihrer schönen Form, ihrer prächtigen Farbe und ihres herrlichen Duftes. Der Naturforscher aber will uns zeigen, woher die Farbe und der Duft herrühren, und zu diesem Zweck legt er ein Rosenblättlein unter das Mikroskop. Da sehen wir in der Tat etwas ganz Besonderes. Ist es z. B. ein Blatt einer roten Rose, so sehen wir, wie da alle Zellen von einem schönen roten Saft erfüllt sind, und da und dort können wir auch beobachten, wie in dieser Flüssigkeit kleine rote Kristalle oder Brocken herumschwimmen, manchmal auch kleine Klumpen. Das bedeutet dann, daß die Lösung des Farbstoffes so dicht, so konzentriert geworden ist, daß sich ein Teil in fester Form austrittskristall hat, ähnlich wie wir das auch an einer Soda- oder Salzlösung beobachten können, wenn wir sie z. B. in der Wärme lösen und dann abkühlen lassen. Solche Stellen, an denen der Farbstoff in größerer Menge sich abgeschieden hat, sind oft schon mit dem bloßen Auge als rote Punkte zu erkennen. Die rote Farbe der Rosen rührt also nicht etwa wie das Grün der Blätter von Farbstoffkörnern her, sondern von einer Lösung des Farbstoffes im Zellsaft. — Wir können auf einem solchen Schnitt aber auch sehen, woher der Geruch kommt. Da sind noch andere Kristalle da und dort, in den Zellen verteilt, die stark Licht brechen; es können auch einfache Tropfen sein, die wie kleine Deltugeln aussehen. Und das sind sie auch wirklich! Diese glänzenden Kristalle und Tröpfchen sind ätherische Öle, Substanzen, die leicht verdunsten und eben dadurch für den Geruchsinne wahrnehmbar werden.

### Das Alter der Erde: Zwei Milliarden Jahre!

Ueber das Alter der Erde hat Professor Dr. Otto Hahn, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, neuerdings Untersuchungen angestellt und gefunden, daß das wahre Alter unserer Erde auf etwa zwei Milliarden Jahre geschätzt werden muß, also viel höher ist, als man bisher annahm. Professor Hahns Ansicht gründet sich auf die Tatsache, daß die radioaktiven Elemente Uran und Thor eine allmähliche freiwillige Atomumwandlung erfahren und durch stufenweisen, nach festen Gesetzen gerichteten Zerfall schließlich zu Uranblei und Thoriumblei werden. Bestimmt man nun den genauen Urangehalt eines Uranminerals, so kennt man aus den radioaktiven Zerfallserscheinungen auch die jährlich gebildete Bleimenge und kann somit das Alter der Uran- und thoriumbleihaltigen Mineralien innerhalb geringer Fehlergrenzen ermitteln. Für die Mineralien der ältesten bekannten Gesteinsproben errechnen sich also Alterswerte bis zu 1500 Millionen Jahren, welche Zahl zugleich als untere Grenze für das Alter der abgekühlten Erde zu gelten hat; während sich aus der Annahme, daß das gesamte Blei unserer äußeren Erdoberfläche durch radioaktive Vorgänge erst auf der Erde entstanden ist, ein Höchstalter der jüdischen noch im geschmolzenen Zustande befindlichen Erde von 3000 Millionen Jahren ergibt. Das wahre Alter unserer Erde dürfte daher nach Professor Hahn mit etwa zwei Milliarden Jahren ziemlich richtig eingeschätzt sein.







# Textil-Internationale tagt.

Der Bericht von Tom Shaw.

Montag trat im Berliner Kroll-Haus am Platz der Republik der 13. Internationale Textilarbeiterkongress zusammen.

Internationale Arbeit, mehr internationale Arbeit! Das war die Forderung, mit der der Kongress seine Arbeit begann. Heute tritt, so betonte der deutsche Verbandsvorsitzende Schrader in seiner Begrüßung der Gäste, die Bedeutung der internationalen Arbeit der Gewerkschaften deutlicher in das Bewußtsein der von der Krise heimgesuchten Menschheit. Diese Arbeit ein kräftiges Stück vorwärts zu treiben, das sei neben der Erledigung der unmittelbaren Sorgen der Textilarbeiterinternationale —

## Rationalisierung, Arbeitszeit, Kunstseide

— nicht zuletzt Aufgabe und Zweck des Kongresses. Mit einem Wort des Gedankens an die hingeschiedenen Mitkämpfer, an die toten Führer wie Jaedel und an die unbekanntenen Soldaten der Textilarbeiterinternationale, schloß Schrader seine Begrüßung.

Als Vertreter des verbandlichen Reichsarbeitsministers sprach dann Ministerialrat Dr. Rettig und betonte, daß das Ministerium die Arbeiten der Tagung mit großer Anteilnahme verfolgen werde.

Den Gruß der Sozialdemokratischen Partei überbrachte der Parteivorsitzende Otto Weis. Die Tagung werde auch die politischen Probleme, die zurzeit die deutsche Arbeiterschaft beschäftigen, berühren müssen. Politik und Wirtschaft hängen heute enger zusammen denn je. Die großen wirtschaftlichen Probleme der Textilarbeiter sind nicht mit wirtschaftlichen Mitteln allein zu lösen. Auch die Politik muß da mithelfen. Den starken Einfluß der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen haben wir gerade in Deutschland seit dem 14. September 1930 zur Genüge und bitter genug erfahren. Die durch den Faschismus hervorgerufenen politischen Spannungen verschärften die Weltkrise. Die internationale Verflechtung der Wirtschaft ist zu groß geworden und deshalb müssen auch politische Störungen in irgendeinem wirtschaftlich bedeutsamen Land sich international schädlich auswirken. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben deshalb den Kampf gegen die Verhörer der Wirtschaft und die Vermehrter der Not gemeinsam geführt. Die Taktik, die sie dabei anwenden mußten, war

## opferreich, aber nicht erfolglos.

wie schon erst der Ausgang des Volksentscheids in Preußen gezeigt hat. Die deutschen Arbeiter tragen die Opfer, weil sie sehen, daß sie bei den Arbeitern draußen in der Welt für ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und zur Erhaltung der Demokratie, den Voraussetzungen zum Wiederaufstieg, Verständnis und Hilfe finden.

Der Name Henderson ist der beste Beweis dafür. Sein Kampf um die Abrüstung und für den Frieden, seine tatkräftige und auch erfolgreiche Hilfsbereitschaft für Deutschland ist ein Faktum, das die internationale Arbeiterbewegung auf ihrem Konto buchen kann.

## Die internationale Aktion der Arbeiter

wird nicht zuletzt von den Berufsinternationalen der Gewerkschaften getragen. Der Kampf um den Fortschritt dieser Aktion ist in vollem Gange, ja er hebt jetzt erst recht an, und die Heerschau der Textilarbeiterinternationale muß auch der Mobilisierung der Kräfte dienen, die diesen Kampf mit neuem Elan weiterführen sollen. In diesem Sinne der Tagung der Textilarbeiterinternationale besten Erfolg! (Starker Beifall.)

In ähnlichem Sinne sprachen Hermann Müller, der Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Schevenels, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Staatsstreife in seinem Begrüßungswort vor allem die Schwierigkeiten der Genfer Versuche, auch für die Textilindustrie ähnlich wie für den Bergbau ein internationales Abkommen zu schaffen zur Regelung der Arbeitsbedingungen und zur Eindämmung der Ueberproduktion und der ungesunden wilden Konkurrenz. Jahre seien leider vergangen, bis zur Not ein Fragebogen des Arbeitsamtes habe fertiggestellt werden können. Außergewöhnliche Verhältnisse verlangten jedoch außergewöhnliche Maßnahmen.

## Dem Bericht des Internationalen Sekretärs,

Genossen Tom Shaw, entnehmen wir, daß die Internationale der Textilarbeiter trotz der schweren Krise, die besonders auf der Textilindustrie lastet, ihre Mitgliederzahl im großen und ganzen gehalten hat. Ingesamt ging die Mitgliederzahl von 925 000 auf 917 000 zurück. Neu hinzugekommen sind die Organisationen von Palästina, Lettland, Norwegen und Finnland. Die letzteren zwei gehören bisher der sogenannten Roten Internationale von Moskau an.

Tom Shaw wandte sich dann besonders scharf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsmethoden, die den Sinn der Rationalisierung in ihr Gegenteil verkehren. Große Kämpfe haben in England, Frankreich und Belgien stattgefunden, wo überall um die Löhne gekämpft wurde. Die Internationale habe hier mit finanzieller Unterstützung eingegriffen.

Der Kongress bildete dann vier Kommissionen, und zwar beschäftigt sich die erste Kommission mit den Fragen der Rationalisierung, die zweite mit der Arbeitszeit und den Löhnen, die dritte mit der Kunstseideproduktion und die vierte mit den Sägungen.

# Protest der Krankenkassen.

Rationalisierung, aber kein Systemwechsel.

Vom 14. bis 16. August hielt der Hauptverband deutscher Krankenkassen in Mainz eine nicht öffentliche Vertretertagung ab. Der erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit organisatorischen Fragen, u. a. wurde dem Hauptverband eine neue Satzung gegeben. Zum Vorsitzenden wurde Stadtrat Ahrens, Berlin, einstimmig wiedergewählt.

Am Sonntag nahm die Versammlung ein Referat des Leiters der Abteilung Sozialversicherung im Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Dr. Grieser, über „Die Krankenkassenversicherung in der Wirtschaftskrise“ entgegen. Dr. Grieser betonte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 ein starker Auftrieb der Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen zu verzeichnen sei. Jetzt ständen wir vor der unangenehmen Situation, den Auftrieb der veränderten Wirtschaftslage wieder anzupassen. Das ginge ohne schmerzliche Eingriffe nicht ab. Er fürchte eine starke Senkung der Einnahmen der Krankenkassen im Jahre 1931, die in erheblichem Maße bereits eingeleitet sei und die vor allem ihre Ursache in dem

## Lohnschwund der Versicherten

habe. Die Ausgaben seien den verminderten Einnahmen anzupassen. Ärzte, Zahnärzte und Dentisten hätten in letzter Zeit in Vereinbarungen mit den Krankenkassenverbänden gewisse Abstriche von ihren Gebührenforderungen freiwillig zugestanden. Man werde auf diesem Wege weitererschreiten müssen. Man müsse auch an die Krankenhäuser herantreten und versuchen, bei ihnen eine Senkung der Gebühren zu erreichen. Scharf trat der Redner den Bestrebungen entgegen, die einen völligen Systemwechsel in der Sozialversicherung wollen.

Möglich und notwendig erscheine ihm eine Beseitigung der Zwerggebilde unter den Versicherungsträgern. Zweckmäßig wäre es auch, zwischen Invaliden- und Krankenkassenversicherung eine Teilung der Leistungen dergestalt vorzunehmen, daß der Krankenkassenversicherung die kurzfristigen Heilverfahren, der Invalidenversicherung aber die der langfristigen zugewiesen würden. Unbedingt trete er für eine Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ein.

Anschließend sprach der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann (Berlin) über „Die Auswirkungen der Notverordnung“.

Die Drosselung der Leistungen der Krankenkassen durch die Notverordnung dürfe keinen Beschel in dem deutschen System der Krankenkassenversicherung einleiten. Sie könne nur ein vorübergehender Notbehelf

## vorübergehender Notbehelf

sein. Die Notverordnung verlagere die Mittelaufbringung durch die Kostenbeteiligung der Versicherten, den Wegfall des Reichszuschusses für Familien- und Wochenhilfe und die Verringerung des Reichszuschusses für Gesundheitsfürsorge. Bedenklich seien die Eingriffe in die Selbstverwaltung. Nur durch scharfe verwaltungstechnische und gesundheitspolitische Rationalisierung könne die Krankenkassenversicherung auf der bisherigen Grundlage erhalten werden. Rücksichtslose Verwaltungsvereinfachung müsse die psychologische Voraussetzung für die gesundheitspolitischen Maßnahmen schaffen. Begonnen müsse sie mit einem Abbau der Vergütungen der Krankenpflegerdienste und anderer Sachleistungen, sowie mit einem Abbau der Preise, insbesondere der Krankenpflege, der Arzneien und der Heilmittel. Auch eine

## Rationalisierung des kassenärztlichen Dienstes

müsse erwartet werden. Jeder Versuch, die Krankenkassenversicherung einzuzengen oder zu belassen zugunsten anderer Versicherungszweige, werde abgelehnt. Es gelte, die Krankenkassenversicherung der veränderten Tragkraft der Volkswirtschaft anzupassen, um das Gesundheitsgut des deutschen Volkes in seiner Substanz zu erhalten.

Die Versammlung nahm zum Schluß mit der überwiegenden

Stimmzahl der anwesenden Arbeitnehmervertreter eine von den Versicherungsvertretern eingebrachte Entschließung an, die erneut Protest gegen die Einschränkungen der Versicherungsleistungen und der Selbstverwaltung in der Krankenkassenversicherung durch die Notverordnung vom 26. Juni 1930 erhebt. Die Entschließung erklärt die Widerungen, die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 enthalten sind, für unzulässig. Sie wendet sich ferner gegen die Notverordnung vom 5. Juni, die Eingriffe in die Selbstverwaltung enthalte, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die angeforderte allgemeine Reform der Sozialversicherung die Wünsche der Versicherten auf dem Gebiete der Leistungen, der Organisation und der Arztfrage berücksichtige.

## Gegen eine Legendenbildung.

Sind die Gehälter der Gemeindebeamten überhöht?

Der Reichsbund der Kommunalbeamten und -angestellten nahm gestern in einer Pressekonferenz gegen die beispiellose Hebe-Stellung, die seit einiger Zeit geradezu plamäßig gegen die Befolgung der Gemeindebeamten und -angestellten betrieben wird. Der Bundesdirektor Ehrmann wandte sich ganz besonders gegen die aus dem Reichsfinanzministerium stammende Behauptung, die Gemeinden könnten durch den Abbau der Gehälter ihrer Beamten und Angestellten auf den Stand der Reichsbeamtengehälter namhafte Ersparnisse erzielen.

Daß die Gehälter der Gemeindebeamten und -angestellten nicht zu hoch sind, ist durch die kürzlich veröffentlichte Reichsfinanzstatistik am treffendsten bewiesen worden. Aus dieser vom Statistischen Reichsamte aufgestellten Statistik, die sich auf den 1. April 1928 bezieht, ergibt sich, daß das Reich seinen Beamten (ohne Militär) im Durchschnitt ein Jahresgehalt von 4623 M. zahlt, die Länder dagegen 4280 M. und die Gemeinden 4275 M. jährlich.

Auch die wiederholt aufgetauchte und selbst vom Reichsfinanzminister aufgestellte Behauptung, daß in den Ländern und Gemeinden die Personalausgaben bis zu 75 Proz. der Gesamtausgaben betragen, hält einer Nachprüfung auf Grund der Reichsfinanzstatistik nicht stand. Danach betragen die Personalausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter einschließlich der Versorgungsgebühren und Pensionenbeiträge bei den Gemeinden 27,7 Proz. der Gesamtausgaben und bei den Ländern 56,4 Proz., bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammen 40,1 Proz.

Die Verbreitung solcher unwahren Behauptungen ist in der jetzigen Zeit um so verwerflicher, als gerade die Angestellten und Beamten der Gemeinden, die mit der schon so schwer belasteten und überreizten Bevölkerung täglich Umgang haben, zur Zielscheibe des Hasses dieser bebauerten Menschen gemacht werden. Die Politik des einseitigen Druckes auf die Angestellten und Beamten der Gemeinden ist weder begründet noch erträglich. Eine vernünftige Politik müsse vielmehr darauf abzielen, das Vertrauen zu den Gemeindebeamten und -angestellten und damit auch zu den Gemeinden selbst nicht zu erschüttern, sondern zu stärken.

## Bei den Ärmsten wird gesparrt.

Der öffentlichen Fürsorge drohen infolge der zerrütteten Gemeindefinanzen die allerstärksten Gefahren. Der Deutsche Städtetag verlangt neben anderen kommunalen Abbaumassnahmen auch einen tief einschneidenden Abbau der verschiedensten Fürsorgeleistungen. Für die Fürsorgeunterstützungsempfänger, die im wahrsten Sinne des Wortes als die Ärmsten der Ärmsten zu bezeichnen sind, wäre die Verwirklichung dieses Vorschlags gleichbedeutend mit der

schlimmsten Zerrüttung ihres an sich schon so kargen Lebenshaltens.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, der mit seinen 360 000 Mitgliedern die führende Interessensorganisation der Rentner und Fürsorgeunterstützungsempfänger darstellt, nimmt zu dieser Gefährdung der Fürsorge auf der Reichstagsung seiner Verbandsinstanzen (Verbandsvorstand, Verbandsausführer und die Gauleiter der Organisation) am Mittwoch, morgens 9 1/2 Uhr, im „Alten Schöneberger Rathaus“, Berlin-Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz, Stellung. Das einleitende Referat wird der Verbandsvorstand, Reichstagsabgeordneter Karsten, halten. Eine Reihe von maßgebenden Behörden, Fraktionen und Organisationen sind zu dieser wichtigen Tagung eingeladen.

## Sie schimpfen auf die Polaken.

Aber sie beschäftigen sie gern.

Mit welcher Frechheit die Nationalsozialisten die Deffektivität belügen, zeigt ein Artikel, der dieser Tage in mehreren Naziorganen erschienen ist. Darin wird dagegen protestiert, daß auf deutschen Gutsböden und in deutschen Landwirtschaftsbetrieben statt deutscher Menschen 50 000 (in Worten: Fünfzigtausend) Polaken, Slaven, Kroaten und Ungarn arbeiten. Schuld daran sei das verfluchte S.P.D.-System.

Nur ein Idiot oder ein Lügner kann eine solche Behauptung aufstellen; denn gerade die Sozialdemokratische Partei war es, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften und insbesondere mit dem Deutschen Landarbeiterverband die Ausländerbeschäftigung in der deutschen Landwirtschaft bekämpft hat und noch bekämpft.

Was haben aber die Nationalsozialisten bisher zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft getan? Nichts. Ja, ein Teil ihrer Führer unter den landwirtschaftlichen Unternehmern fordert und fördert die Ausländerbeschäftigung auch jetzt noch. So hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete v. Corswandi in Cunzow bei Jarmen in Pommern im vergangenen Jahr in seinem Betrieb nicht weniger als 13 ausländische Arbeiter beschäftigt und in diesem Jahr ersuchte er um Zuweisung von 20 fremden Arbeitsträjten. Das in einer Zeit, wo in der deutschen Landwirtschaft nicht weniger als 240 000 verfügbare deutsche Arbeitsjunge gezählt wurden! Und die unter dem Einfluß der Nazis stehende mecklenburgisch-schwerinsche Staatsregierung sand im Frühjahr dieses Jahres gar nichts dabei, ihren Gesandten in Berlin — so etwas gibt es auch noch — anzudeuten, im Reichsrat bei den Verhandlungen über das Ausländerkontingent für 1931 dafür einzutreten, daß Mecklenburg-Schwerin außer den 6000 bewilligten ausländischen Landarbeitern noch weitere 1500 erhält.

## Neue Schwierigkeiten in Mansfeld.

Folgen des Preissturzes.

Der Mansfelder Kupferbergbau steht in neuen großen Schwierigkeiten, die durch den weiteren Sturz des Kupferpreises hervorgerufen wurden. Im Laufe dieser Woche finden zwischen den Stellen, die bereits die letzte Hilfsaktion zur Stützung des Mansfelder Bergbaues unternommen hatten, neue Besprechungen statt.

Eine neue Hilfsaktion ist notwendig, wenn nicht die Existenz von 150 000 Bergarbeitern auf schwerste bedroht werden soll. Eine Stilllegung des Betriebes wäre sowohl aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen mehr als bedenklich. Kupferkäufe aus dem Ausland kostet Devisen, und auch die sozialen Kosten würden sich bei einem Versacken des Betriebes sicherlich recht hoch stellen; denn die Gemeinden des Mansfelder Gebietes, deren Bevölkerung im Kupferbergbau ihre Existenz hat, würden, wenn man die Betriebe erlaufen ließe, mit umkommen.

## Ergebnislose Verhandlungen.

Die Nachverhandlungen im Tarifsonst der Herren- und Damenschneiderei, die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeiter hatten Verbindlichkeitsklärung des vor kurzem geillten Schiedsspruches zur Neuregelung des Reichslarifvertrages beantragt.

Die „Graphische Presse“, das Organ des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, ist diesmal in einem Umfang von 16 Seiten in festlicher Aufmachung erschienen, und zwar aus Anlaß des Verbandstages, der in der Zeit vom 16. bis 19. August in Erfurt abgehalten wird. Außer dem poetischen Beitrag von Peter Kampel und dem Artikel der Redaktion: „Gebt Raum!“, haben Paul Ufermann, der Verbandsvorsitzende Joh. Haß, Ernst Herbst und Arthur Freudemann beachtenswerte Beiträge geliefert, während Max Schamberger aus Erfurt die Besichte berichtet. Alles in allem: eine gute Leistung.

**EWB. Kronwerk.** Mittwoch, nach Arbeitsloß, Versammlung aller Genossen der Kronwerke bei Reimer, Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Straße 21, Ecke Kanalstraße. Es spricht der Parteisekretär Kurt Dreßler über das Thema: „Gewerkschaften und Kommunismus“. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. **Der Fraktionsvorsitzende.**  
**Lebendige Worte und Typograph.** Versammlung aller in der EWB organisierten Genossen am Mittwoch bei Ochsblücher, Berlin, 6. Tagesordnung: Wahl des Fraktionsvorsitzenden usw. Mitgliedsbuch mitzubringen.

**Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin**  
Heute, 19.8.31, laden die Gruppen: **Ablerschel:** Gruppenheim Ablerschel, Bismarckstr. 1. Wir laden zu Gericht. — **Schönweide:** Jugendheim Niederhörsdorfer, Berliner Str. 31, Niederhörsd. — **Wannow:** Jugendheim Riffingstr. 48, Zimmer 3. Kommt zum Kochen. — **Gewerkschaftshaus:** Engelstr. 24-25, Saal 11. Essen und Tanzabend. — **Wedding:** Jugendheim Willdenowstr. 5, Renter Abend. — **Neu-Zehlendorf:** Jugendheim Gunterstr. 44. Die Gewerkschaften und die Notverordnung. — **Rechnitz:** Abert. Stadt, Jugendheim Kaiser Str. 18, Anti-Prisonabend. — **Lichtenberg:** Jugendheim Poststr. 22, John-Wilkinson-Konzerte. — **Ostend:** Jugendheim Karlsruher, Treptowallee 44 (Kant-Schule), ab 19 Uhr, 7663. — **SW 3:** und ihre Aufgaben. — **Treptow:** Schule Willdenowstr. 53-54. Wir arbeiten die Gewerkschaften für den Weltkrieg. — **Steglitz:** Jugendheim Flemingstr. 14. Gewerkschaften und Reichsregierung.

**Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten**  
Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Karlshorst:** Jugendheim Lehndamm Str. 15-19. Unser Reichsjugendtag in Lübeck. — **Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Bericht vom Reichsjugendtag in Lübeck. — **Der Sprech- und Bewegungssport** über erst wieder ab 20. August ab 20 Uhr in der Turnhalle Sauerstr. 20. — **Spilke im Freien** ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Treptow, im Schillerpark, auf der Wiese 8 im Treptower Park und ab 19 Uhr auf dem Tempelhofer Feld, Flughafenring. — **Reißet ein für die Volkshilfsabteilung** für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.  
Verantwortlich für Politik: **Dr. Curt Geier;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **S. Steiner;** Sozialdemokratie: **Dr. John Schilowski;** Polizei und Konflikte: **Reinhardt;** Angewandte: **Ed. Glöck;** sämtlich in Berlin. Berlin: **Norma-Berlin G. m. b. H.,** Berlin. Druck: **Norma-Druckerei** und **Berlinamarkt Paul Giner u. Co.,** Berlin SW 6. **Antenstraße 3, Diercke 2, Belling.**



# Drang nach der „Futterkrippe“.

Hitler biedert sich bei Brüning an.

München, 17. August. (Eigenbericht.)

Die Parteien von Hitler und Hugenberg sind seit dem finanziellen Niedergang ihrer Betriebe und Organisationen von einem außerordentlichen Drang nach der Futterkrippe befeelt. Aus diesem Grunde nimmt Hitler neuerdings ohne jede besondere Veranlassung zu „Gerüchten“ über ein sogenanntes, von rechts gestütztes Konzentrationskabinett Stellung. Seine Pressestelle bemerkt dazu:

„Es würde nicht etwa dem guten Willen entsprechen, sondern lediglich der Ausdruck einer inneren Notwendigkeit sein, wenn die Zentrumregierung Brüning — wie man behauptet — ihre Fühler nach rechts ausstreckt, um das Terrain nach dieser Richtung hin zu sondieren. Denn darüber sind wohl alle politisch denkenden Köpfe einig, daß ohne die kompakten, starken und vorwärts drängenden Kräfte, die sich heute leidenschaftlich zu NSDAP. bekennen, eine Wiederaufrichtung und Erneuerung der Nation undenkbar ist.“

Nach dieser Einladung an sich selbst kommt Herr Hitler zugleich der Appetit, indem er Brüning seine Forderungen wie folgt präsentiert: „Wenn die Regierung Brüning etwa der Meinung sein sollte, daß der Ausgang des Volksentscheids einen psychologisch günstigen Zeitpunkt darstellt, um uns goldene Brücken zu bauen zum Eintritt in ein Konzentrationskabinett, auf das wir keinen unserer Stärke entsprechenden Einfluß haben, um der deutschen Politik endlich die Wendung zu geben, die das ganze Volk erwartet, dann würde sie die Lage falsch einschätzen. Die Voraussetzungen, die die NSDAP. an eine Regierungsbildung knüpft, und die sie von einer Regierung im Reich fordern muß, in der sie führend beteiligt ist, sind bekannt. Es sind Voraussetzungen, die wir stellen müssen, um der Klarheit, Zielsicherheit und Ehrlichkeit willen.“

Welcher Art diese Voraussetzungen sind, sagt Herr Hitler nicht. Aber daß er bereit ist, angelehnt der Klemme, in der er und seine Partei sich befinden, viel Wasser in den Wein zu gießen, ist sicher.

Das Ganze sieht so stolz aus, wie es das Sprichwort vom Spanzer erwartet. Auf gut Deutsch aber sind es Fühlhörner, die erkundet sollen, ob nicht doch jemand so gut sein würde, die Hitlererei in eine Koalition hineinzunehmen.

# Ein kommunistischer Mörder verhaftet.

Er tötete einen Sozialdemokraten beim Flugblattverteilen.

Leipzig, 17. August.

Die ununterbrochen fortgeführten Ermittlungen der Politischen Polizei des Polizeipräsidenten führten heute zur Festnahme des 18 Jahre alten (!) Arbeiters Kroll aus Leipzig-Lindenau. Nach den übereinstimmenden Angaben mehrerer Zeugen hat Kroll am Sonnabendnachmittag den sozialdemokratischen Flugblattverkäufer Markus erschossen und zwei weitere Sozialdemokraten schwer verletzt.

# Waffenlager der KPD.

Polizeiaktion in Dresden hebt Verschwörernest aus.

Dresden, 17. August.

Das Pressesamt des Polizeipräsidenten teilt mit: Nachdem es der Politischen Abteilung des Polizeipräsidenten Dresden in letzter Zeit gelungen war, eine ganze Reihe sogenannter Zerlegungsfälle aufzudecken und die Schuldigen dem Gericht zuzuführen, ist heute am frühen Morgen zur weiteren Klärung auch zahlreicher anderer politischer und krimineller Straftaten mit politischem Einschlag eine größere Polizeiaktion unternommen worden. Bei den Straftaten, die zu dieser Aktion geführt haben, handelt es sich u. a. um den bekannnten Postraub bei Wendisch-Rarsdorf, um Spengstoffdiebstähle in der Umgebung von Dresden, um hochverräterische Treibereien, um die Bedrohung von Polizeibeamten selbst mit Worb, um die Fortführung des verbotenen roten Frontkämpferbundes und um die Verbreitung illegal erscheinender, außerordentlich bekämpfter Zeitungen und Flugblätter. Bei zahlreichen, besonders in der kommunistischen Wehrbewegung tätigen Funktionären wurden Durchsuchungen, die sich zum Teil auch auf Schrebergartenlauben erstreckten, vorgenommen. Auch das Parteibüro der KPD und die Geschäftsstellen verschiedener kommunistischer Unterorganisationen wie auch ein sogenanntes „Beratungsinstitut“ und eine Schantwirtschaft wurden einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Hierbei wurden neben außerordentlichem, umfangreichem, zum Teil sehr belastendem Material, dessen volle Auswertung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, eine für die kommunistische Tätigkeit besonders bezeichnende Wandtafel, auf der zur Instruktion mehrere Einfassformationen der Polizei aufgezeichnet waren, vorgefunden. Außerdem wurden allerhand Hieb-, Stich-, Schlag- und Feuerwaffen beschlagnahmt. Fünf Seitengewehre, ein Säbel, ein Trommelrevolver, ein geladenes Lezzerol, ein geschärftes Schlagmesser, ein geladener Trommelrevolver, eine geladene Schreckschußpistole, fünf Gummimäpkel, eine Schachtel mit Munition und eine Gasmaske wurden als regelrechtes Waffenlager in einem Schrebergarten und in einer Wohnung vorgefunden. Bisher wurden 14 Personen festgenommen, die zur Zeit noch vernommen werden. Sie werden später der Staatsanwaltschaft zugeführt werden.

# Anhalt will zu Preußen.

Noch vor der großen Reichsreform.

Desau, 17. August.

Im anhaltischen Staatsministerium ist nach Mitteilungen von gutunterrichteter Stelle in der Frage des Anschlusses Anhalts an Preußen eine gründliche Wandlung eingetreten. Zwar liegt, so wird erklärt, finanziell nicht die geringste Ursache vor, den Anschluß zu betreiben. Wohl aber halte man es mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichsreform für notwendig und nützlich, sich so schnell wie möglich mit Preußen über den Anschluß zu verständigen. Der gute Vermögensstand Anhalts biete die Möglichkeit, jetzt noch im Wege von Verhandlungen die Erhaltung der wertvollen Kulturreinrichtungen des Landes in Form von Stiftungen zu sichern, während es mehr als fraglich erscheine, ob die bevorstehende Reichsreform solche Sicherungen noch zulassen werde.

Ollo Habsburg wird am 20. November 19 Jahre alt und soll, nach dem Plan der majestätischen Königsmacher und nach dem glorreichen Vorbild seines Vaters Karl, im Flugzeug nach Ungarn kommen und sich als König etablieren. Mithras Monarchen und Metrikate sowie der Duce sollen dafür sein. Ob Horthy den Jungen aber nicht verhalten und abschieben läßt und ob die Tschechoslowakei sich die schwere Bedrohung durch ein solches Königtum gefallen ließe, ist eine andere Frage. Die belgische Regierung wird wohl diese unruhige Götterfamilie unter strenge Aufsicht stellen.

# Lächerlichkeit tötet!



„Zehn Millionen Stimmen besserer Leute, sieben Millionen Nazistimmen, zehn Millionen Stimmen der KPD. — Dann kommt es schließlich auf ein paar Millionen Stimmen von Toten und Verrückten auch nicht an.“

# Deutschnationale Korruption?

Entgegnung des Braunschweigischen Staatsministeriums.

Vom Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Abendausgabe Nr. 376/B 188 des „Borwärts“ vom 13. d. M. findet sich am Schluß einer Meldung aus Braunschweig vom 13. d. M., die sich mit dem Zusammenbruch der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. befaßt, folgender Satz: „Die Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. wurde auf das stärkste vom dem deutschnationalen Finanzminister Dr. Rüchenthal unterstützt, der ihr mehr Hauszinssteuermittel bewilligte, als sämtlichen gemeinnützigen Baugenossenschaften und Baugesellschaften Braunschweigs zusammen.“

Die Behauptung, daß der gegenwärtige braunschweigische Finanzminister Dr. Rüchenthal der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. mehr Hauszinssteuermittel bewilligt habe als den anderen Baugenossenschaften und Baugesellschaften Braunschweigs, ist durchaus unwar und offensichtlich völlig aus der Luft gegriffen.

Wahr ist vielmehr, daß der braunschweigische Finanzminister Dr. Rüchenthal der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig an Hauszinssteuermitteln rechtsverbindlich zugesagt hat. Der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. sind für das Jahr 1931 von den für das Land Braunschweig für Wohnbauzwecke zur Verfügung stehenden Mitteln zu insgesamt 2 Millionen Mark lediglich rund 56 600 Mark in Aussicht gestellt worden für den Fall des Nachweises der Finanzierung des von ihr geplanten Bauvorhabens. Dieser Nachweis fehlt bislang und deshalb sind der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. bisher auch keine Hauszinssteuermittel ausgezahlt worden. Der gar zu dürftige Vorwurf, daß der braunschweigische Finanzminister Dr. Rüchenthal die Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. in irgendeiner Weise vor anderen Unternehmungen bevorzugt habe, ist daher ebenso unhaltbar wie jeder Versuch, Dr. Rüchenthal überhaupt mit den Vorgängen bei der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. in Verbindung zu bringen.

# Eine nationale Säule.

Im Lande des Herrn Frauen geborsten.

Braunschweig, 17. August. (Eigenbericht.)

Der Rechtsanwalt und Notar Koch aus Braunschweig, der Syndikus des Verbandes der Verpächter im Reichsschuldbund landwirtschaftlicher Verpächter und Grundeigentümer, ist wegen großer Kreditfahndereien und wegen Unterschlagung von über 20 000 M. verhaftet worden. Koch spielte im wirtschaftlichen Leben Braunschweigs eine große Rolle. Er war in mehreren Aktiengesellschaften als Aufsichtsratsmitglied und bei den Orbis-Werken, einer chemischen Fabrik, als Vorsitzender des Aufsichtsrats tätig. Selbstverständlich ist Koch ein stramm nationaler Mann.

# Der Skandal mit Einfuhrscheinen.

Die „Genossenschafter“ von Stettin.

Stettin, 17. August. (Eigenbericht.)

Der Skandal der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Stettin, wo streng treudeutsche Direktoren und Prokuristen Einfuhrscheine nach Westdeutschland verschoben haben, kostet das Reich viele Hunderttausende. Vorläufig stehen, obwohl die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, Betrügereien mit Einfuhrscheinen in Höhe von 176 000 Mark zur Anklage. Diese Betrugsfälle umfassen einen Zeitraum von neun Monaten, während sich die Betrügereien über mehrere Jahre erstreckten.

Mit einem Teil der Angelegenheit hat sich bereits das Landesfinanzamt auseinandergesetzt. Um welche Summen es sich handelt,

geht aus den verhängten Strafen hervor. In dem in Frage kommenden Verfahren sind Direktor Hahn mit 100 000, Direktor Hagemann mit 75 000 und der Prokurist der Genossenschaft mit 35 000 Mark bestraft worden. Alle drei werden sich noch vor Gericht zu verantworten haben.

# Fort mit der Diktatur!

Ein Rotschrei aus dem Potentzruhlager.

Detmold, 17. August. (Eigenbericht.)

Das hiesige „Volksblatt“ veröffentlicht ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben des abgefügten Vorsitzenden der Detmolder NSDAP-Ortsgruppe, das dieser an die Mitglieder der hiesigen Nationalsozialistischen Partei Ende Juli 1931 verfaßt hat. Darin wird der Kampf geschildert, den die Detmolder Ortsgruppe seit Sommer vorigen Jahres gegen den lippschen Bezirksleiter der NSDAP, Dr. Fuhrmann, führt. Das Ergebnis dieses Kampfes sei der Austritt zahlreicher Mitglieder und die Lahmlegung der Tätigkeit der Ortsgruppe. Dieser Kampf sei symptomatisch für die ganze Bewegung und lasse wichtige Rückschlüsse auf das Wesen der Bewegung und die zukünftige Entwicklung zu.

Eingehend wird in dem Rundschreiben geschildert, wie der Bezirksleiter durch seine rücksichtslosen und diktatorischen Methoden die Mitgliedschaft gegen sich aufgebracht habe. Eine ganze Anzahl von Beschwerden, die an die Gauleitung gerichtet und berechtigt waren, aber abgelehnt wurden, werden aufgeführt. Die Folge sei gewesen, daß die in der NSDAP bestehenden Mißstände nicht abgestellt worden seien und das Recht verkehrt sei, im Amt und Tor geöffnet sei. Das Mitglied müsse das Vertrauen zur Gerichtseinrichtung der Partei völlig verlieren. Er müsse den Schluß ziehen, daß er sich lieber Unrecht gefallen lassen soll, denn es nütze doch nichts und bringe ihm nur Schaden, wenn er Unrecht aufdecke. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Major Strobel, der die Beschwerden an die Gauleitung richtet, sei deshalb abgesetzt worden, während der Bezirksführer, der das Recht verkehrt habe, im Amt bleibe. Ein Führer, gegen den so viele berechtigte Beschwerden vorlägen und der einen derartigen Sturm der Entrüstung entfesselt habe, müsse abgesetzt werden, andernfalls werde ein verrottetes System gestützt und gerade das getan, für dessen Beseitigung die Bewegung eine in tausend Versammlungen bekräftigte Verpflichtung eingegangen sei. Das jetzt in der NSDAP übliche System der Führerauslese müsse früher oder später die Bewegung auseinandersprengen. Die Bewegung müsse mehr von unten nach oben als von oben nach unten aufgebaut werden. Es sei auch eine sorgfältige Nachprüfung des Aufbaus und der Marschrichtung der Hitler-Bewegung notwendig.

Das Interessanteste an dem Rundschreiben ist wohl, daß die Anhänger des hitlerischen Diktaturgedankens gegen die von ihnen selbst propagierte Diktatur rebellieren, sobald sie sie an eigenen Leibe verspüren. Da entdecken sie plötzlich, daß die Diktatur keine gute Führerauslese gewährt und sie merken etwas von der Berechtigung demokratischer Gedankengänge.

# 2 1/2 Milliarden Mark weniger Steuern.

Auswirkung der Krise in USA.

Washington, 17. August.

Die Wirtschaftskrise spiegelt sich auch in den Steuereingängen des Landes im Fiskaljahr 1930/1931 wider, das mit dem 30. Juni abgeschlossen wurde. Die Einnahmen haben sich um 612 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahre auf 2428 Millionen Dollar vermindert. Die Einkommensteuer brachte nur noch 1869 Millionen Dollar ein gegen 2400 Millionen im Vorjahre.



Am den **4** letzten Tagen unserer  
**SAISON-AUSVERKAUFS**  
 bringen wir erneut grosse Mengen

**Beginn 1. August**  
 Verkauf soweit Vorrat  
 Mengenabgabe vorbehalten

angestaubter Waren, sowie  
**Reste, Abschnitte und Einzelstücke**

zu weit herabgesetzten Preisen  
 auf Extrastücken zum Verkauf

**Noch einmal: ein Gipfel der Höchstleistung:**

Vieltausend Stück  
**Pullover**

für Damen und Herren

|   |  |   |
|---|--|---|
| <b>SERIE I</b><br>Sportpullover für Damen und Herren, zum grössten Teil aus reiner Wolle<br>Stück jetzt | <b>SERIE II</b><br>Pullover für Damen und Herren, mit Aermeln, zum grössten Teil aus reiner Wolle<br>Stück jetzt | <b>SERIE III</b><br>Pullover für Damen und Herren, mit Aermeln, zur schwere reißwollene Qualität<br>Stück jetzt |
| <b>3.90</b>   | <b>6.90</b>  | <b>8.90</b>   |

**Strickkleider**

|  |   |  |
|--|---|--|
| <b>SERIE I</b><br>Zweifellige Strickkleider, reißwollene Qualitäten<br>Stück jetzt | <b>SERIE II</b><br>Zweifellige Strickkleider, schwere reißwollene Qualitäten<br>Stück jetzt | <b>SERIE III</b><br>Dreifellige Complots aus reiner Wolle<br>Stück jetzt |
| <b>9.75</b>  | <b>12.75</b>  | <b>15.75</b>   |

# HERMANN TIETZ

Leipziger Str. \* Alexanderplatz \* Frankfurter Allee \* Wilmersdorfer Str. \* Belle-Alliance-Str. \* Kottbuser Damm \* Chausseestr. \* Andreasstr. \* Brunnenstr.

Theater, Lichtspiele usw.

**Staats Theater**  
 Staatsoper Unter den Linden.  
 Wied. beginnt am Sonntag, 23. Aug.  
 7 1/2 Uhr: AB-Vorst. 821  
**Die Zauberflöte.**  
 Kartenvorverkauf ab Mittwoch.  
 Stadt-Schauspielh. | Schiller-Theater  
 Gendarmenmarkt. | Charlottenburg.  
 Wiederbeginn der Vorstellungen  
 am Sonnabend, d. 29. August

**SCALA** | **PLAZA**  
 Barbarossa 9256  
 Tägl. 8 u. 8 1/2 U.  
 Barto & Mann  
 Tina Keller  
 Weintraub  
 Dack Shing  
 Walter Nilsson  
 2. weitere Neuzahlen  
 Tägl. 8 u. 8 1/2  
 Stg. 2, 3 u. 8 1/2  
 Fritz Servos  
 u. sein Ensemble  
 MONNA TYMGA  
 Dressler & Era  
 der Tanzattraktion  
 von London  
 und Paris usw.

**LUNA PARK**  
 Heute Feuerwerk

**Winter Garten**  
 8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt  
 Barbetto! Hoflinger-Sextett,  
 Bouriakoff-Truppe, 2 Lenclos,  
 LasTurias, Conche-Franskyss.

Dienstag, 18. August  
**Städt. Oper**  
 Charlottenburg  
 Bismarckstraße 34  
 Turnus IV  
 Anfang 20 Uhr  
**Der Freischütz**  
 Ende gegen 23 Uhr  
 Theater im Admiralspalast  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 Roter-Gastspiel  
**Die Dubarry**  
 mit  
**Gitta Alpar**  
 Preise: 0,50 bis 12,50

Lass mich  
 Kind sein  
 im  
**TRAUMLAND**  
 Schloss Schönholz  
 Neue Attraktionen!  
 Eintrittspreise: 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

**BABYLON**  
 am Bülowplatz  
 Der größte  
 Lustspielerefolg  
**Felix Bressart**  
 in  
**„Schrecken der  
 Garnison“**  
 Auf der Bühne:  
**Elli Glässner**  
 mit neuem Repertoire  
**Täglich 5, 7, 9, 10**  
 Zeitgemäße billige Eintrittspreise

**Rennen  
 Grunewald**  
 Heute **18.** Aug., 3.30 U.  
 Preis von Charlottenburg.

**Theater des Westens**  
 Tägl. 8 u. 8 1/2  
 Volksvorstellungen  
**Viktoria  
 und ihr Husar**  
 Billigster Pl. 0,50 M.  
 Teuerster Pl. 2.— M.

**Kurfürstendamm-  
 Theater**  
 Bismarck 448/49  
 8 1/2 Uhr  
**Die schöne  
 Helena**  
 von Jacques Offenbach  
 Regie: Max Reinhardt

**Metropol-Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die Toni  
 aus Wien**  
 Mady Christians,  
 Michael Bohnen

**Komische Oper**  
 Friedrichstr. 104  
 8 1/2 Uhr  
**Frauen haben  
 das gern...**  
 Musikal. Schwanck  
 von Arnold  
 Musik v. Walt. Kollo  
 Sommerpr. 0,50-7,00

**Reichshallen-Theater**  
**Lachen:  
 „Alles  
 verrückt!“**  
 Stettiner Sänger  
 Anfang 8 Uhr

**HAUS VATERLAND**  
 Das  
 Vergnügungs-  
 Restaurant  
 Berlins  
 BETRIEB  
 KEMPINSKI

**Berliner Uk-Trio**  
 Neukölln, Lohstr. 74/75

**Reichshallen-Theater**  
**Lachen:  
 „Alles  
 verrückt!“**  
 Stettiner Sänger  
 Anfang 8 Uhr

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
 Lothringer Straße 37.  
**Der neue Eröffnungs-Schlager  
 Das Parfüm meiner Frau**

dazu ein erstklassiger bunter Teil.  
 Für die Leser: Gutschein 1-4 Pers.  
 Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,50 M.  
 Sonstige Pr.: Rang Mitte 1 M., Parkett  
 75 Pl., Rang 60 Pl.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
**Achtung! Achtung!**  
**Autogenschweißer!**  
**10 000 Mk. Belohnung**  
 Näheres kostenlos durch  
 F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

**Dankagung.**  
 Für die große Anteilnahme bei der  
 Einäschung unseres lieben Sohnes  
**Bruno**  
 sagen wir allen Beteiligten unseren  
 herzlichsten Dank.  
**Franz Riemer und Familie.**  
 Giesestraße 60.

Am 18. August d. Jz. beginnt,  
 wie alljährlich, der Obd-, Gendf-  
 und Kartoffelverkauf auf dem Guts-  
 hofe in Berlin-Rosenthal.  
 Verkaufszeit 8-12 und 3-6 Uhr.  
**Berliner Stadtmutter G. m. b. H.**  
 Güterverwaltung Blankenfelde.

Bezirksausschuss  
 B. A. II 213/51.  
 Marienwerder, den 13. August 1931.  
**Öffentliche Zustellung.**  
 Der Bezirksfürsorgeverband des Strifles  
 Stuhm Weipr. hat den Antrag auf Unter-  
 bringung des Fleischer Robert Durau,  
 zuletzt in Berlin O 27, Acmastr. 7 II, bei  
 Schön aufhaltend, jetzt unbekanntem Auf-  
 enthalte, in einer öffentlichen Arbeit-  
 anstalt gestellt, weil er sich der Unterhalts-  
 pflicht gegenüber seiner Familie (Ehefrau  
 und Kind) bedächtig entzieht.  
 Zur Aufklärung des Sachverhalts im  
 Beschuldigtenverfahren und zur mündlichen  
 Verhandlung wird der Fleischer Robert  
 Durau vor den Bezirksausschuss in Marien-  
 werder auf Mittwoch, den 16. September  
 1931, vormittags 11 1/2 Uhr, geladen.  
 Marienwerder, den 13. August 1931.  
 Der Vorsitzende des Bezirksausschusses,  
 In Vertretung: geg. R. Müller.